

Halberstädter Tageblatt

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich Sonntag und Montag, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Garberstraße, Dompf. 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Hans Beber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Artur Wollenhagen, für den lokalen Teil: Wilhelm Kindermann, für Redakteur u. Inserate: Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wöchentlich ist bei der Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dompf. 48 (Fernruf Nr. 2314), Reichsdruckerei Wagnersberg 4826 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 167

Dienstag, den 21. Juli 1931

6. Jahrgang

Der Anfang in London.

Befondere Aktivität der Amerikaner.

Die Ankunft in London.

London, 20. Juli. (Eg. Drahtf.).

Die Delegierten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Londoner Konferenz trafen am Montag nachmittag um 17 Uhr 15, von Paris kommend, auf dem Victoria Bahnhof ein. Die englische Regierung, mit MacDonald und Henderson an der Spitze, sowie die Vorkonferenz der vier Mächte hatten sich zum Empfang auf dem Bahnhof eingefunden. Die deutschen und französischen Delegierten stiegen im Carlton-Hotel ab. Als die deutschen Minister vor dem Hotel vorfahren, hörte man schillernde Begrüßungsrufe, wie „Hell Hitler“, die jedoch von Mäusen für Prötling überhört wurden.
Am 18 Uhr 30 begann die erste Sitzung im Räume des Premierministers im Unterhaus. Als regelmäßig sich der Konferenz ist jedoch der sogenannte Kabinettsaal hergerichtet. Englischseits ist die Konferenz vorbereitet worden durch Minister Henderson in Paris, dann aber auch durch eine längere Aussprache zwischen MacDonald und Stimson, die am Montag vormittag stattfand und an die sich eine Kabinettsitzung der englischen Regierung angeschlossen. Der Gouverneur der Bank von England ist seinerseits in den letzten Tagen in ständigen Kontakt mit den maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen gewesen. Die englische und die amerikanische Haltung stimmen darin überein, daß beide Mächte eine Verbindung der finanziellen Hilfsaktion für Deutschland mit politischen Forderungen von Seiten Frankreichs ablehnen. Beide jedoch sehen die Vereinigung des deutsch-französischen Verbündnisses als unerlässliches Element zur Überwindung der Schwierigkeiten an. Da hierzu in Paris der Grundstein gelegt worden zu sein scheint, fehlt man den Arbeiten der Londoner Konferenz trotz aller noch bevorstehenden Schwierigkeiten optimistisch entgegen.

MacDonalds Eröffnungsrede.

London, 21. Juli. (Eg. Drahtf.).

In seiner Eröffnungsrede zu der am Montag nachmittag begonnenen Londoner Konferenz erklärte MacDonald, daß die Anforderungen der hiesigen Beratungen lediglich auf die finanzielle Frage konzentriert sein müßten, aber die politischen Voraussetzungen für das Zustandekommen einer großen Anleihe, an der der französische Geldmarkt sich beteiligen sollte, bei der Haltung der französischen Regierung nicht gegeben seien. MacDonald führte im einzelnen aus, daß der gegenwärtige Augenblick in der Weltgeschichte ein Wendepunkt zum Guten oder zum Bösen sein könne. Wenn keine Lösung der gegenwärtigen Krise gefunden werden könne, so seien die politischen und finanziellen Gefahren unabhäufbar; wenn aber eine Lösung gefunden, dann sei das ein schlagerhafter Beweis für die wachsende Wirksamkeit internationaler Zusammenarbeit.

Deutschland bedürfe unbedingt der Hilfe.

Die deutsche Regierung habe die Steuern erhöht und der Bevölkerung schwere Opfer auferlegt, aber sie hätte im letzten Monat sich zu der Erklärung verpflichtet gefühlt, daß sie weitere Belastungen nicht mehr verantworten könne und gewarnt sei, das Recht einer Moratoriumserklärung in Anspruch zu nehmen. Dies habe die Gläubiger alarmiert. Kreditabzüge seien die Folge gewesen. Dieses Problem habe offenbar eine politische und eine finanzielle Seite, aber die Anforderungen der letzten Konferenz seien nur auf die finanzielle Seite gerichtet. „Wir müssen“ — so fuhr MacDonald dann wörtlich fort — „uns ernstlich eingeleben, daß es Dinge gibt, die der eine oder andere von uns nicht tun kann, weil die öffentliche Meinung, der er in Treue dienen muß, es nicht zuläßt.“

Wir sind aber nicht hier, um anderen unseren Willen aufzuzwingen, um andere zu demütigen, wir sind hier, um uns gegenseitig zu verstehen, um die schwierigen Probleme objektiv durchzubedenken. Vor allem aber müssen wir daran denken, wie wichtig wir aufeinander angewiesen sind.

Die Delegierten müssen sich daher auf eine Lösung einigen, die von ihnen vor den Vertretern ihres Volkes im Parlament vertreten werden kann und die sie gebilligt bekommen können.

MacDonald schloß mit dem Hinweis, daß die aktuelle Kapitalkrise in Deutschland entweder auf dem Weg einer Anleihe, dem sich aber nach seiner Information in Paris gewisse Schwierigkeiten entgegenstellten hätten oder auf einem direkten Weg, der Deutschland finanzielle Position zu stärkt, daß die Geldkraft nicht nur aufhöre, sondern ein Rückfallen und eine neue Vernehmung des Kapitalbestandes möglich sei.

Zufällig hat die französische Regierung den Vorschlag gemacht, auf Anleiheverhandlungen zu verzichten und durch eine Stillhalteaktion dafür zu sorgen, daß weitere Abzüge ausländischer Kredite von Deutschland nicht erfolgen.

Nach dieser Rede MacDonalds nahmen Salaal und Brüning das Wort. Ueber die Ausführungen der beiden Redner lag der offizielle Bericht:

Ministerpräsident Salaal

berichtete anschließend den Anwesenden über die in Paris stattge-

fundenen Verhandlungen und kennzeichnete den Geist, in dem die Besprechungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern geführt worden waren. Er legte weiter die Lage Frankreichs im Zusammenhang mit den bevorstehenden Erörterungen dar und drückte nochmals seine Hoffnung für eine lokale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredites in der Welt aus.

Reichsfinanzler Dr. Brüning.

Brüning bekräftigte den Geist der Zusammenarbeit, gab an Hand von Statistiken einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands und erklärte die Maßnahmen, die ergriffen worden seien, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Er betonte die bringende Notwendigkeit einer Hilfeleistung, um die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen zu können.

Von deutscher Seite wird in Ergänzung der offiziellen Mitteilung bemerkt, daß Reichsfinanzler Brüning in seiner Rede die Erfüllung zweier Bedingungen für notwendig erachtet habe: 1. Die Abziehung von Krediten aus Deutschland sei zu vermindern. 2. Die Goldbedeckung sei zu vergrößern. Die Beratungen der Londoner Konferenz dauerten bis kurz nach 20 Uhr und gehen heute vormittag 10 Uhr im englischen Auswärtigen Amt weiter.

Hier tagt die Konferenz.



Locarno-Raum im englischen Außenministerium.

Das Gebot der Stunde.

Niemand konnte erwarten, daß sich, den besten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, innerhalb sechsunddreißig Stunden eine vollkommene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreichen lasse. Dazu sind der Meinungsverschiedenheiten zu viele, dazu ist die Spannung — sagen wir einmal seit Stresemanns Tod — zu groß geworden. Man kann und muß sich zunächst damit zufriedengeben, daß überhaupt eine unmittelbare Fühlungnahme der deutschen Staatsmänner mit den französischen faitgeunden hat, und daß die Streitfragen offen und risikofrei zur Erörterung gestellt werden können. Es ist schon ein Fortschritt, wenn die Minister zweier Staaten mit der ersten Möglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, einander begegnen und ohne diplomatisches Drumherumreden und ohne sich auf allgemeine freundschaftliche Redensarten zu beschränken, die heißen Eisen mit sich anpacken.

Aber es ist in Paris doch noch etwas mehr erreicht worden: Frankreich hat sich bereit gefunden, an den Londoner Verhandlungen teilzunehmen, ohne daß Deutschland zuvor die Garantien zugehanden hätte, die die französische Presse — nicht nur die nationaloffizielle — nach vor wenigen Tagen als Voraussetzung für die Mitwirkung der französischen Minister an der von der englischen Regierung anregten Konferenz gefordert hatte. Selbstverständlich ist in Paris über die politischen und finanziellen Sicherheiten für eine Anleihe, die der Frankreich seinen Teil beitragen soll, gesprochen worden. Aber damit begab man sich eben auf das Gebiet, das nicht in wenigen Stunden bereinigt werden konnte. Die Diskussion hat begonnen und muß fortgesetzt werden. Nur wird das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in London geschehen, sondern bei anderen Gelegenheiten, die hoffentlich nicht zu lange auf sich warten lassen. Es sieht so aus, als ob in London nur ein neuer Kreditkonferenz für die Reichsbank herbeizumuten werden. Die Frage der langfristigen Anleihe wird vertagt. Wenn rechtzeitig, wie man annehmen darf, dafür gefolgt werden kann, daß die aus-

Ein Vermittlungsvorschlag Hoovers.

Washington, 21. Juli. (Eg. Drahtf.). Die amerikanische Delegation auf der Londoner Konferenz wird den Delegierten in der heutigen Vormittagsitzung einen Vermittlungsvorschlag Hoovers unterbreiten. Anlässlich derweil wird über den Plan noch jede Auskunft. Anlässlich läßt er darauf hinaus, der Reichsregierung die Möglichkeit der Umwandlung der langfristigen Kredite in langfristige zu geben und ihr zugleich einen langfristigen Sonderkredit zu gewähren. Anweisend dieser Plan kann Frankreich durchgeführt werden soll, bzw. ob Frankreich sich daran beteiligen, ist bisher noch nicht zu übersehen.

In einer öffentlichen Erklärung hob Staatssekretär Caffie hervor, daß die Wirkung der von Deutschland eingeleiteten Abwehrmaßnahmen gegen die Krise die Ausfühler der Londoner Konferenz stark fördere.

Neue Überarbeitung des Hilfsplanes in London.

Washington, 21. Juli. (Eg. Drahtf.). Wie offiziell nach einer Konferenz Hoovers mit Mrs. Dames und Morrow bekanntgegeben wird, werden die amerikanischen Vertreter auf der Londoner Konferenz am heutigen Dienstag amerikanische Hilfsvorschläge zugunsten Deutschlands unterbreiten.

Unoffizielle Besprechungen.

Calais, 20. Juli. (Eg. Drahtf.). Auf der Fahrt von Paris nach London hatte der Reichsfinanzler mehrere politische Unterredungen mit den französischen Delegierten. In den Besprechungen wurden hauptsächlich die Garantien besprochen, von denen Frankreich keine Beteiligung an der Gewährung eines neuen hohen Kreditkredites an die Reichsbank abhängig machen will. Ueber den Verlauf der Besprechungen wahrten die Teilnehmer strenges Stillschweigen.

Brünings Dank an Paris.

Paris, 20. Juli. (Eg. Drahtf.). Reichsfinanzler Brüning hat kurz vor seiner Abreise nach London der Agentur Haass folgende Erklärung abgegeben: „Am Begriff, Frankreich zu verlassen, um uns zur Londoner Konferenz zu begeben, legen der Reichsaussenminister und ich Wert auf die Erklärung, wie sehr wir die Liebenswürdigkeit und herzliche Aufnahme, die uns in Frankreich von der französischen Regierung und von sämtlichen französischen Behörden zuteil geworden ist, empfunden haben. Wir sind zufrieden, daß wir unsere Ansichten in voller Offenheit mit unseren französischen Kollegen haben austauschen können, und wir sind davon überzeugt, daß diese direkte Fühlungnahme für die immer erfrischendere Gestaltung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der wir aufrichtig zugehört sind, glückliche Wirkungen haben wird.“

ländischen Banken „stillhalten“, d. h. fürs erste auf eine weitere Zurückziehung ihrer langfristigen Kredite verzichten, ist damit natürlich eine wohltuende Beruhigung für Deutschland geschaffen. Aber da seine Wirtschaft die finanzielle Unterstützung durch das Ausland nicht entbehren kann, wird das Problem der Anleihe akut bleiben und damit auch das der Garantie.

Es heißt, daß Brüning in Paris bezüglich des Flottenprogramms, soweit es über den Bau des Panzerkreuzers B hinausgeht, gewisse die Franzosen betriübende Zusagen gemacht hat. Es heißt, daß er ferner versprochen habe, nach seiner Rückkehr den Wehrverbänden den Wunsch ihrer Verbände und ihrer sonstigen Kampfpapirpropaganda klarzumachen. Wir wissen nicht, ob das richtig ist, aber wir müssen annehmen, daß diese an sich sehr guten Absichten des Reichsfinanzlers den Franzosen und wohl auch den anderen Beteiligten nicht genügen werden. Will man in den Genuß der großen Anleihe gelangen, so wird man auch andere Sicherheiten bieten müssen, und immer wieder wird die deutsche Regierung vor die Frage gestellt sein, ob sie glaubt, solche Sicherheiten gewähren zu müssen und gewähren zu können.

Es spielt neuerdings das Wort vom „politischen Moratorium“ eine Rolle. Als sein Urheber wird Henderson bezeichnet. Es soll damit gesagt sein, daß sich die Regierung verpflichten sollen, in einem bestimmten Zeitraum nichts zu unternehmen, was den Frieden und die Verständigung fördern könne. An sich ist das gewiß ein schöner Gedanke. Aber es ist leichter, ein derartiges Programm zu verbinden, als es auszuführen. Vereinbarungen, die in dieser Richtung lauten, betreffen schon heute zur Genüge. Wir haben den Wehrerwerbungsplan, wir haben den Locarnoer Vertrag, wir haben die zahlreichen Schiedsgerichtsentscheidungen. Sie haben nicht gehindert, daß sich die internationalen Spannungen, in Sonderheit die zwischen Deutschland und Frankreich, vermehrt und verschärft haben. Es kommt nicht fernerhin darauf an, daß man sich aufs Neue zu friedlichen Absichten bekennt, auch wenn das in noch so

feierlicher Form geschieht, sondern es müssen vor allem einmal die Schlussfolgerungen aus den gethenen Vereinbarungen gezogen werden. Das gilt nicht etwa nur für Deutschland, sondern auch für die Vertragspartner, und dazu gehört, worauf der besagte Sozialist die Braudere dieser Tage im Brillen-„Beuple“ nachdrücklich hingewiesen hat, der Entschluß der anderen, endlich entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Wörfelungsvertrages mit der Einschränkung der Rüstungen ernst zu machen. Politisches Moratorium kann nicht nur heißen Verzicht auf die Schaffung neuer Rüstungsstätten, sondern dieser Verzicht muß ergänzt werden durch die positive Erfüllung übernommener Verpflichtungen.

Aber ein Weiteres ist erforderlich. Der Friedenswille der Regierungen darf nicht länger durch den Nationalismus der Parla-mente und der Völker behindert werden. Brüning und Laual haben sich bei ihren Forderungen und bei ihren Wünschungen auf ihre Volkserwartungen und auf ihre öffentliche Meinung berufen. Beide stehen mit Recht, und der deutsche Reichstagler muß noch mit mehr Grund, als der französische Ministerpräsident. Aber der eine wie der andere werden sich die Frage vorzulegen haben, ob ihre beiderseitigen Regierungen nicht mehr als bisher für die Auf-klärung der öffentlichen Meinung ihrer Länder tun können. Sie müssen sich dazu entschließen, die Schuld an dem unbefriedigenden Zustand Europas nicht mehr nur bei den Anderen zu suchen. Dazu gehört Mut. Am gegenwärtigen Deutschland wahrheitsgemäß noch mehr Mut, als im gegenwärtigen Frankreich. Aber der Mann, der gemagt hat, der nationalen Opposition treuend, nach Paris zu gehen und mit dem „Erbschind“ zu verhandeln, muß auch machen, den deutschen Nationalisten mit Energie entgegen zu treten.

Zuschläge für rückständige Steuerzahler.

Zunächst wird mitgeteilt: In den letzten Wochen sind die Steuereingänge außerordentlich hart zurückgegangen. Das ist ein unerträglicher Zustand, der den ganzen Verwaltungsbereich auf die Dauer lähmen würde. Deshalb ist eine planmäßige Steuerzahlung dringend erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen und den ordnungsmäßigen Eingang der Steuern des Reiches, der Länder, Gemeinden und der Städteverbände zu gewährleisten, ist am Montag eine Verordnung über Zuschläge für Steuerrückstände erlassen worden. Diese Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie sie im Dezember 1923 durch die zweite Steuer- und Abgabenverordnung getroffen wurden. Die wichtigsten der Bestimmungen lautet dahin, daß für rückständige Beträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umlagensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. August 1921 ab Vorauszuschläge in Höhe von 5 Prozent halbmächtig erhoben werden. Eine Erhebung von Vorauszuschlägen findet jedoch insoweit nicht statt, als die Steuerbehörde für die rückständige Steuer Erstattung bewilligt hat. Gestuhete Steuern sind, soweit nicht zinslose Erstattung bewilligt ist, mit jährlich 5—12 Prozent (je nach der besonderen Lage des einzelnen Falles) zu verzinsen. Für die sogenannten Aufschub-zuschläge (insbesondere bei Zöllen) beträgt der Zinsfuß in Zukunft 10 Prozent jährlich, doch höchst 4 Prozent. Die vor der Ver-änderung der neuen Verordnung aufgehoben worden sind, bei dem bisherigen Zinsfuß. Bei denjenigen Steuern, bei denen sich die neuen Vorschriften über Vorauszuschläge Maß greifen (z. B. bei den Verbrauchsteuern) werden bei nicht rechtzeitiger (unbefugterweise unterlassener) Zahlung Verzugszinsen erhoben, die für die Zeit vom 1. August 1921 ab 2 Prozent monatlich betragen.

Die unmögliche Grenz-Verordnung.

Am Montag, den 20. Juli, ist im Reichstag, der am Montag zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten war, protestierten zahlreiche Abgeordnete in Anwesenheit des Reichsfinanzministers heftig gegen die Besteuerung von Aus-landbreisen. Das Reichsverkehrsministerium hat die Auf-hebung der Verordnung beantragt.

Interdessen beschloß man sich am Montag im Reichsfinanz-ministerium mit den Durchführungsbestimmungen für die Besteuerung von Auslandsreisen. In Anbetracht der endlosen Pro-teste gegen die Verordnung, die inzwischen zu tausenden bei der Reichsregierung eingelaufen sind, beschloß man zahlreiche Wif-derungen. So soll weder die Einreise nach Danzig noch die nach dem Saargebiet beschränkt werden. In der Praxis führt das dazu, daß ein großer Teil des Verkehrs nach den Weststaaten über das Saargebiet vor sich gehen wird. Außerdem ist geplant Aus-landsreisen, die aus zwingenden Gründen wie z. B. in Todesfällen vorgenommen werden müssen, von der Besteuerung zu befreien. Die Folge wird sein, daß man sich vom Ausland her unter Angabe zwingender Gründe telegraphisch Reisen bestellt, ohne daß die Behörden die Möglichkeit haben, jeden einzelnen Fall genau nachzu-prüfen. Wachsen sie dennoch den Versuch dazu, so bedeutet das eine neue, die Sache mittelfristig nicht lösende, Befreiung des Behördens-apparates von neuen Aufträgen, denn schließlich kosten die Recherchen nicht nur Zeit, sondern auch Geld.

Die Verordnung ist eben in der Praxis unmöglich. Entweder führt man sie strikte durch und ruft damit eine ungeheure Er-bitterung hervor, die schon nach wenigen Tagen zur Aufhebung der Verordnung führen muß, oder man macht wenigstens für die dringenden Ausnahmefälle Ausnahmen und dann wird sich bald zeigen, daß die ganze Verordnung für die Praxis ist. Wozu also erst experimentieren, wenn man von vornherein in dem Miß-erfolg überzeugt ist? Nur weil die Verordnung nun einmal erlassen ist? Auch scheint es so, denn sonst müßte die Regierung, nicht wie es notwendig heißt, erst in wenigen Tagen, sondern sofort auf die Durchführung der Besteuerung verzichten. Das Vergnügen einer Preispolitik und dazu noch um eine Sache, die den Aufwand wirklich nicht lohnt, können wir uns in dieser schwierigen Zeit wahrhaftig nicht leisten.

Die Schweizer hoffen auf Milderung.

Basel, 21. Juli. (Telefon.) Die deutschen Notverordnungen finden in der Schweizer Presse einen lebhaften Widerhall. Allerdings erlährt die Verordnung über die Ausreisegeldbußen stellenweise eine sehr scharfe Kritik. Man hebt den von den schweizerischen Verkehrsorganisationen erhobenen Einspruch hervor und hofft, daß dieser zu einer Milderung oder doch zu einer tagbaren Einigung Veranlassung geben werde, da der Fremdenverkehr, der in diesem Jahre ohnehin unglücklich sei, von der deutschen Notverordnung schwer getroffen werde.

Paßt für Rhein.

Ein kommunizierendes Berliner Morgenblatt meldet heute, daß Hauptmann Köhler wegen seiner homosexuellen Affären für das Braune Haus untauglich geworden sei und durch den Aufstiegs-majors B a s t ersetzt werden soll.

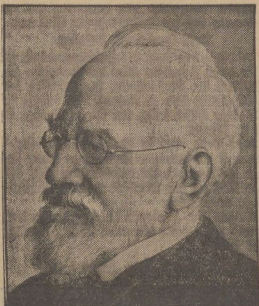
Augenberglaf verboten. Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat die deutschnationalen „Frankfurter Post“ auf Grund der Not-verordnung auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Der große Tag von Paris.



Die historische Zusammenkunft der Minister im französischen Außenministerium. Von links nach rechts: Außenminister Dr. Carliuz, der französische Außenminister Briand, der britische Außenminister Henderson, der französische Ministerpräsident Laual, der amerikanische Staatssekretär der Äußeren S t i m m u n g, Reichskanzler Dr. Brüning, der italienische Außenminister Ciano!

Lujo Brentano schwer erkrankt.



Lujo Brentano.

Der berühmte deutsche Nationalökonom, Bahnbrecher der Sozial-politik und Begründer des Vereins für Sozialpolitik, ist in München so schwer erkrankt, daß die Ärzte an seinem Auskommen zweifeln. Prof. Brentano, ein Neffe des Dichters Clemens Brentano, war seit 1917 Ordinarius an der Münchener Universität. Er steht im 57. Lebensjahr.

Ein Fünfzigjähriger.



Genosse August Haas.

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, befehlt am 21. Juli seinen 50. Geburtstag. Haas, von Beruf Metallarbeiter, war Lei-tungsleiter der Stadt Köln sowie Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses der Rheinprovinz.

Die Presse-Verordnung.

Severing hofft auf baldige Aufhebung.

In einer Betrachtung über die neue Presseverordnung des Reichspräsidenten schreibt der Innenminister Severing im „Bormärts“: „Die Behörden Preußen begegnen sich mit der Presse in dem Wunsche, daß sich die Verordnung überflüssig er-weise und recht bald wieder verschwinden möge. Das wird sie an dem Tage, an dem die Presse aller Parteien zur Eigen-tätigkeit zurückkehrt und außer der Freiheit der Presse auch die Freiheit der anderen anerkennt und ansetzt.“

Zur Frage der Arbeitszeit-Verkürzung.

Das Reichsarbeitsministerium hat am Montag seine Verhandlungen in der Frage der Arbeits-zeitverkürzung zum Zwecke der Neuanschaffung von Arbei-tern mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der chemischen Industrie fortgesetzt. Die Verbände erklärten sich gleichfalls bereit, in zentralen und anschließend in bezirkslichen Verhandlungen die noch vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung ein-gehend zu prüfen und bis Ende September dem Reichsarbeitsmini-sterium über das Ergebnis dieser Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Ein feiner Plan.

Über eine kostspielige Methode zur Devisenbeschaffung.

Die Agrarier und die Getreidehändler sind bemüht, auch aus der Devisennot des Reiches Holz zu laugen. Deshalb machen die landwirtschaftlichen Interessensverbände und auch die Handelskammern, insoweit die Getreidehändler auf sie Einfluß haben, lebhaft Propaganda für die Wiedereinführung von Ge-treideexportprämien (Einheitspreisen). Es wird be-hauptet, durch Export von 500 000 Tonnen Getreide könne das Reich sich 50 Millionen Mart Devisen beschaffen. So ist wieder einmal das Ei des Columbus gefunden worden. Denselben, die die Einführung von Exportprämien empfehlen, verweigern aber, zu welchen Preisen Deutschland dieses Getreide exportieren müßte. Der Reichsernährungsminister Schiele will z. B. den Weizenpreis in Deutschland auf 250 Mart pro Tonne halten. Diese 250 Mart pro Tonne sind aber im Ausland garnicht für deutschen Weizen zu erzielen. Bei einem großen deutschen Ge-treideexport — und das muß besonders der Fall sein, wenn sich viel Getreidehändler an diesem Export beteiligen und sich auf dem Weltmarkt unterbieten — müßte sich für deutschen Weizen höchstens 80 Mart pro Tonne erzielen lassen und für deutschen Roggen im besten Falle 60 Mart pro Tonne. Der Gesamtexportwert von 250 000 Tonnen Roggen im Ausland beträgt also nur 55 Millio-nen Mart. Um diesen Export aber überhaupt durchführen zu kö-nnen, müßte das Reich Exportprämien zahlen. Die den Unterliegend müßten dem Weltmarktpreis und dem Inlandspreis aus-suchen. Bei einem Weizenpreis von 250 Mart pro Tonne, den der Reichs-ernährungsminister erreichen will, betrage also für Weizen z. B. die Exportprämie 170 Mart. Für die Weizenexportprämie müßte das Reich also insgesamt 42,5 Millionen Mart auswerfen und für die Roggenexportprämie 30 Milli-onen Mart.

Das wäre ja ein furchtbares Geschäft für das Reich. Aber nach diesen Verlusten fragen diese „Devisenbeschaffler“ nicht. Hauptfrage ist, wie werden dabei!

Eine nationale Gemeinschaft.

Verleumdung des völkerrätigen Staatspräsidenten.

Stuttgart, 20. Juli. (Eig. Draht.) Vor wenigen Tagen wurde gemeldet, daß der völkerrätige Staatspräsident Holz sich gegen Gerüchte zur Wehr setzen müßte, nach denen er 20 000 Mk. nach der Schweiz verfrachtet und dort ein Haus erworben haben soll. Der in Wörlingen ansässige Urheber dieser Gerüchte ist festgesetzt worden und Holz habe bereits Strafverfolgung gegen ihn gestellt. Der Name wurde jedoch nicht genannt. Dazu teilt die sozialdemokratische „Schwäbische Tagung“ am Montag folgendes mit: „Der unter Anklage gestellte Mann ist der Major a. D. Palmer vom Flughafen Wörlingen. Die Zimmermänner, von denen er die Verleumdung übernommen hat, sind General a. D. Keim in Ulm und der nationalsozialistische SA-Hauptling von Gagow, drei Pensionäre der Republik, drei Säulen deutscher Offizierschule. Aus diesen Kreisen kommt die Gemein-heit.“

Noch ein Süd.

Krefeld, 20. Juli. (Eig. Draht.) Die hiesige Große Straf-kammer verurteilte am Montag als Berufungsinstant den Kinder-arzt Dr. Diehl aus Krefeld und den Schriftleiter L o m a s s e n wegen Verleumdung des verstorbenen Reichsaussenministers Stre-semann zu je vier Monaten Gefängnis. Die Angeklag-ten hatten wiederholt die verleumdende Behauptung verbreitet, daß Stresemann für den Abschluß der Locarnoverträge von den französischen eine Million Mart erhalten habe.

Das Nordwolle-Verbrechen.

Eine sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag in Sachen Laufen folgende Große Anfrage einge-bracht:

Der Bremer Nordwolle-Konzern, der unter Leitung der Familie Laufen steht, ist mit einer Schuldentlastung von 250 Mil-lionen Mart zusammengebrochen. Die Gründe dieses in der Wirtschaftsgeschichte beispielhaften Mißgeschicks sind zweifellos zum Teil krimineller Natur. Nach Zeugenaussagen sollen die verantwortlichen Mitglieder der Familie Laufen betrügerische Handlungen auch auf preussischem Gebiet begangen haben. Ist das Staatsministerium bereit, soweit preussische Zuständigkeit gegeben ist, mit allen verfügbaren Kräften der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft diesem ungeheuren Wirtschaftsverbrechen nach-zugehen?

Drosselung des nationalen Rummels.

In Bayern.

München, 20. Juli. (Eig. Draht.) Im Braunes Haus wurden seit Monaten Vorbereitungen für ein Sommerfeldlager der sogenannten Silberjugend getroffen, das vom 19. bis 23. August im Biedersteiner Wald durchgeführt werden sollte. Der bayerische Kultusminister hat nun die Beteiligung bayerischer Schüler an diesem Lager zu verboten und angeordnet, daß gegen zumbeisetzende Schüler mit dem Witten der Schulpflicht und gegen die Eltern mit Anzeigen nach dem Polizeiverordnungsgebuch vorgegangen wird.

Auch der „Stahlfabrik“ wurde mit einem Verbot bedacht. Seit dem 15. Juli hat er auf dem früheren Truppenübungsplatz Lager Lechfeld bei Augsburg eine größere Anzahl Stahlblecher zusammengezogen, die unter der Waage einer sportlichen Veranstaltung für Arbeitslose logenamtliche Übungen abgeben. Nach dem die Behörden sich überzeugt hatten, was es in Wirklichkeit mit diesem Stahlblechwerk für eine Verwendung hat, wurde die Weiterführung des Kursums unterbunden.

In Baden.

Karlsruhe, 20. Juli. (Eig. Draht.) Der badische Innenminister hat es abgelehnt, dem vom Stahlwerk am Bodensee vorgelegenen Stahlblechwerk seine Zustimmung zu erteilen. Der Innenminister kam zu diesem Entschluß, mit Rücksicht auf die augenblicklichen politischen Verhältnisse im Grenzlande Baden.

Und in Sachsen.

Dresden, 20. Juli. (Eig. Draht.) In einer amtlichen Verkaufsrung stellt die sächsische Regierung fest, daß in Sachsen zunächst noch ein allgemeines Demonstrations- und Verfallungsverbot verhängt werden könne. Dagegen habe das Gesamtministerium beschlossen, Propagandafahrten aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinskörper oder zu politischen Zwecken auf öffentlichen Straßen unternommen werden, bis einschließlich 15. September dieses Jahres zu verbieten. Ferner werden die Polizeibehörden in der Verkaufsrung darauf hingewiesen, daß sie von den ihnen durch die neuesten Bestimmungen des Reichspräsidenten übertragenen Befugnissen gegebenenfalls schnellsten Gebrauch machen sollen. In erster Linie sollen öffentliche Verfallungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, bei denen Zugang ostremder Personen in Aussicht steht, verboten werden. Erfahrungsgemäß werde besonders durch solche Verfallungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Die Zollunion vor dem Haag.

Haag, 20. Juli. (Eig. Draht.) Vor dem Internationalen Gerichtshof begannen am Montag in Anwesenheit fast aller hier beglaubigten diplomatischen Vertreter die Verhandlungen über die Rechtszulassung der deutsch-österreichischen Zollunion. Etwa 30 ausländische und 20 niederländische Journalisten wohnten den Verhandlungen bei.

Zuerst erhielt der deutsche Vertreter, Prof. Dr. Bruns, das Recht, sich mit einem Vortrag auf den Verhandlungen über die Zollunion zu äußern. Er wies zunächst darauf hin, daß die zu Behandlung stehende Angelegenheit nicht von wirtschaftlichen oder politischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden dürfe. Es handele sich vielmehr um eine rein juristische Frage. Der Redner behandelte dann die von Österreich im Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und dem Generalprotokoll übernommenen Verpflichtungen, wobei er feststellte, daß das Protokoll keinerlei Auslegung des Wortes Unabhängigkeit enthalte, wie dies im Vertrage von St. Germain angedeutet sei. Die französische Delegation machte keinen Unterschied zwischen der Bedeutung der Begriffe Unabhängigkeit, wie sie im Vertrage und im Protokoll festgesetzt seien. In dieser Hinsicht sei die französische Regierung der gleichen Ansicht wie die deutsche und die österreichische Regierung. Die Auffassung der italienischen und jugoslawischen Regierungen, die einen Unterschied machten, sei unzulässig.

Prof. Bruns wandte sich dann der Frage zu, ob die Unabhängigkeit Österreichs, die es juristisch, sei es tatsächlich, irgendeine Schäden erlitten hätte. Er bestritt dabei, das französische Beweismittel, daß der Begriff Unabhängigkeit sowohl im Vertrage als auch im Protokoll nicht nur rechtlich, sondern auch politische und wirtschaftliche Bedeutung habe. Die Anerkennung eines neuen Staates sei keine politische, sondern eine juristische Handlung. Die Anerkennung de jure setze eine tatsächliche Unabhängigkeit voraus. Die Garantie der Unabhängigkeit eines Staates könne diesen Staat niemals von der internationalen Gemeinschaft und von Sonderungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ausschließen. Wenn die französische Auffassung zuträfe, wäre im Vertrag von St. Germain nicht die Unabhängigkeit Österreichs erklärt worden, sondern dieses Land vielmehr in eine höchst abhängige Lage gebracht worden.

Prof. Bruns wird seine Ausführungen am Dienstagvormittag fortsetzen.

Finanzkrise in Mexiko

Mexico City, 21. Juli. (Eig.) Die Beratung des Exekutivrates des Kassas zum Finanzminister steht angelehnt der alarmierenden Währungschwierigkeiten, unter denen Mexiko in letzter Zeit außerordentlich leidet, unmittelbar bevor. Die Regierung hat inzwischen die Gehälter der Beamten und Angestellten stark reduziert. Das Wirtschaftsleben ist durch die Entwertung des Silberpesos fast völlig unterbrochen.

Briefe, die sie nicht erreichten.

Der von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Briefdienst zwischen Mexiko und Europa, der freimüßig auf einen Teil ihrer Pensionen verzichten sollen, ist entgegen anderslautenden Meldungen bisher noch nicht abgegangen. Der Brief liegt zwar im Wirtshaus schon längere Zeit vor, aber wann und wie er schließlich abgeht, steht heute noch nicht fest.

Wir vermissen, daß die Reichsregierung zurecht größere Sorgen hat, aber bei jenem Verhältnis für psychologische Notwendigkeiten, über die man in diesen Tagen in der Reichsanstalt wiederholt fundamental - wenn auch zum Teil negativ - beraten hat, hätte es längst möglich sein müssen, den nun schon seit Wochen fälligen Brief abzugeben. Der Reichsminister hat sich für den schnellen Versand der Briefe schon vor längerer Zeit in der Öffentlichkeit besonders stark eingesetzt, aber was hat er bisher getan, damit seiner Forderung entsprochen wird? Es ist wunderbar an der Zeit, daß die Reichsregierung ihr Versprechen nun endlich einlöst.

Geldliche Auszahlung der Beamtengehälter.

In einer neuen Verordnung wird die Reichsregierung bestimmen, daß die Beamtengehälter für August, am 31. Juli nur zur Hälfte ausbezahlt werden und der Rest des Augustgehaltes am 10. August zur Auszahlung gelangt. Die Reichsregierung hat sich zu diesem als einmalige Notmaßnahme bezeichneten Schritt als Grund der gegenwärtigen gespannten Lage des Reiches veranlaßt gesehen.

Ein neuer Bankkrach.

Die Schröder-Bank in Bremen hat ihre Schalter geschlossen.

Die sogenannte Schröderbank in Bremen hat am Montag mitgeteilt, daß sie infolge der sich verhärfenden Wirtschaftskrise ihre Schalter für eine Woche schließen muß; man suche aber vor Verhandlungen mit Bremer und auswärtigen Wirtschaftskreisen, um eine Stützungsaktion zu sichern. Nach vorliegenden Nachrichten dürfte sich auch der Bremer Staat an dieser Aktion beteiligen.

Man kann sich die Schröderbank, die sich während der Inflationszeit aus der Firma Schröder u. Woyhsen entwickelte, aus dem Wirtschaftsleben an der Westfronte kaum vorstellen. Wenn an der Westfronte etwas los war, in der Wirtschaftskrise, in der Wirtschaftskrise, bei den Kämpfen um die Waggonfabrikation, bei den Konzentrationen in der Geschäftsführung und wo es geseien sein mochte immer wieder trat die Schröderbank in Erscheinung und hinter den manchmal feigen und groß angelegten Aktionen stand die Schröderbank und ihr Leiter



J. F. Schröder.

der demalein in seinem Unternehmen Bankführung gewesen war. Man kann dem Bankier Schröder und seiner Bank nachsagen, daß sie ein gut Teil des Wirtschaftslebens an der Westfronte in wenigen Jahren neu geformt haben. Volkswirtschaftlich Nichtiges nicht

sch in den Schröderbank Aktionen mit volkswirtschaftlich Unrichtigkeit. Entscheidend ist Schröder nicht nur über den Absatz ausüblicher Gebet geschieden, sondern, ganz genau wie die Danabank, an dem Industriekredit. Es rückt sich hier die falsche Methode, daß sich die Bank gegenüber der Industrie nicht auf die Funktionen des vorläufigen freilebenden Kreditgebers beschränkte, sondern sich auf Gebiete und Verdienste in der Produktion verstopfte, um sie zu beherrschen, Beteiligungen erwarb und Majoritäten zusammenfaßte. Es war beängstigend, wenn man in letzter Zeit bei jeder großen Krise und bei jeder größeren Komplikation neben der Danabank den Namen der Schröderbank nennen hörte. Das gilt nicht nur für Nordsee, wo sich die Beziehungen in schließlich noch vertiefen lassen, sondern auch für die Kartellstandale, für die Stoffe in der Zementindustrie (Wittlingtonen) und nicht zuletzt für den Lincolnkraut.

Die Schröderbank ist stark engagiert im Ausland, insbesondere in England. Ob die Auslandsgläubiger zum Konkurs drängen werden, hängt von den großen politischen Verhandlungen ab, die jetzt in Paris und London geführt werden. Man verliert selbstverständlich in Bremen, mit allen Mitteln die Schröderbank zu retten oder wieder flott zu machen. Auch der Bremische Staat beteiligt sich an dieser Stützungsaktion. Nach heutigen Beurteilungen rechnet man mit einem günstigen Ausgang der Stützungsunterstützungen.

Der Schalterhluß der Schröderbank, die für das letzte Jahr noch 12 Prozent Dividende verteilt, fällt unter das Kapitel Lebereröffnung und Leberretentionen auf, wird man in Zukunft auch die Schröderbank nennen müssen.

Dann ein anderes: bei dem Leiter der Danabank, Jacob Goldschmidt, hat man mit Recht gefügt, daß er über 90 Aufsichtsratsmandate normalste und nicht mehr in der Lage war, eine Kontrolle auszuüben, wie sie das Statut als Pflicht von ihm forderte. Schröder vermehrte nicht ganz 90 Aufsichtsratsmandate, aber auf rund 60 hat er es auch gebracht. Das dürfte dieses erklären. Und das muß bei der Reform des Aktienrechts unbedingt berücksichtigt werden.

Im übrigen zeigt der Fall Schröderbank, wo die wahrhaft Schuldigen an unserem Wirtschaftslinden stehen. Wer bis jetzt der Propaganda des Unternehmensmoralen geglaubt hat, die angelehnt zu hohen Löhne und die Sozialpolitik habe die Wirtschaftsmilieu verschuldet, wird wohl eines besseren belehrt worden sein.

Herr Mündermeyer „nicht abkömmlich“

Vor dem Darmstädter Bezirksgericht sollte sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Mündermeyer wegen Verletzung des sozialdemokratischen badischen Ministers Krammele verantworten. Der Angeklagte erhebt nicht vor Gericht, sondern schrieb zur Entschuldigung, daß er wegen politischer Angelegenheiten zurzeit nicht abkömmlich sei. Er bat um Vertagung des Termins. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte die Entschuldigung als nicht ausreichend und beantragte Erlaß eines Haftbefehls. Das Gericht beschloß jedoch, mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse die Entschuldigung als genügend anzusehen und vertagte den Termin auf den 14. August, vormittags 9 Uhr.

„Bredung der Zinsknetschheit“

In der nationalsozialistischen Zeitung „Aster Adler“ steht man folgendes Inserat: „Parteilidmitglied Josef von Graunben 700 M. In drei Monaten 1000 M. zurück. Gute Sicherheit vorhanden. Gest. Angebote unter . . . an den Verlag „Aster Adler.“ Das heißt: Verzinzung von etwa 170 v. H. Mit der „Bredung der Zinsknetschheit“ scheint es also nun Ernst zu werden.

Aus aller Welt

Der Maler Hermann Hendrich tödlich verunglückt.



Prof. Hendrich.

Der bekannte Sagenmaler, wurde in Mittelfriedrichshau in Miesengebirge von einem Verunglückten überfahren und getötet. Prof. Hendrich, der im 77. Lebensjahre stand, schuf die allen Besuchern des Miesengebirges bekannte Sagenhülle der Schröderbank sowie die Waldpurgisshalle auf dem Serentanzplatz bei Tale im Harz und die Nibelungenhalle auf dem Drachenfels. Sein ganzes Schaffen widmete er der Darstellung des deutschen Sagenstoffes.

Fürforzerglinge ermorden einen Kameraden.

Kopenhagen, 20. Juli. (Telum.) In der dänischen Erziehungsanstalt Braastoggaard bei Sorrens haben zwei Jünglinge, ein 19jähriger, der erst vor einer Woche in das Heim gekommen war, und ein 17jähriger, einen anderen 17jährigen Jüngling ermordet. Die beiden Jünglinge wollten fliehen. Der dritte merkte das. Darauf lodten ihr die beiden auf den Boden, indem sie sagten, er solle mit ihnen fliehen. Als er dorthin kam, erschlugen sie ihn mit einer Art verdeckten Hand die Hände und gingen zunächst zu einem Fußballweitsprung. Als es dunkel war, verließen sie, zu fliehen. Der eine wurde spät abends in einem Kornfeld gefunden, der andere von der Polizei in Sorrens aufgefangen. Als er verhaftet wurde, stellte er die zynische Frage: „Kann ich mehr als acht Jahre dafür bekommen?“ Der Ermordete ist von seinen beiden Kameraden furchtbar zugerichtet worden.

Doppelselbstmord. Der 68jährige Berliner Fabrikbesitzer Artur Jaffe und seine 53jährige Ehefrau wurden in ihrer Villa in Berlin mit Veronal vergiftet tot aufgefunden. Der Doppelselbstmord erfolgte, wie aus hinterlassenen Briefen hervor geht, im gemeinsamen Ewigkeitsbündnis. Das Ehepaar hatte befristet, durch den Zusammenbruch der Danabank sein Vermögen zu verlieren. Jaffe war Besitzer einer angelegenen chemischen Fabrik.

Motordiebstahl. 2 Tote. Infolge eines Motordiebstahls fuhr am Montag ein 25jähriger Arbeiter aus Glauchau (Sa.) mit seiner Maschine gegen eine Mauer. Die Schwester des Fahrers saß auf dem Sozius. Beide verunglückten tödlich.

Verstümmelt. Bei einem schweren Getreidebruch auf der Kartenzentrum-Grube bei Hinderburg (O.S.) wurden 8 Bergarbeiter verstümmelt. Sieben konnten gerettet werden, einer verunglückte tödlich.

Erdbeben. Bei Erdbarbeiten in der Nähe der Grotto (Luzern) kam es zu einem schweren Erdbeben. Fünf Arbeiter wurden getötet, zwei lebensgefährlich verletzt. Aufgedecktes Diamant-Kampffeld. Von Beamten und Detektivs der Kemperer Polizei wurden in Rairo im Staatsparks acht Mitglieder einer Bande festgenommen, die im bringen den Verdacht eines beschuldigenden Attentats auf den Schmugglerführer Siegfried Diamond stehen. Aus dem Besitz der Verhafteten wurden 30 Maschinengewehre und andere Waffen beschlagnahmt.

Kidnapping. 20 Tote. In der Kirche von Sao Paulo de Bombo, der Hauptstadt der im Schiffsverkehr gelegenen portugiesischen Kolonie Angola, führte während des Gottesdienstes ein Teil des Chors ein. Etwa 20 Personen kamen ums Leben, ungefähr 200 wurden verletzt.

Sindbunden in Warenhäusern. Am Samstag nachmittag wurden in verschiedenen Mannheimer Warenhäusern und Einzelhandelsunternehmen nach einem offenbar vorher festgelegten Plan Sindbunden geworfen, so daß zwischen 16 und 17 Uhr der Kaufverkehr empfindlich gestört war und die Warenhäuser gelüftet werden mußten. Bisher konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

Opfer eines Anlaufzusammenstoßes. Das Auto des Leiters des RAB, des Berliner Kaufhaus des Westens, Direktor Weiß, stieß an der Kreuzung der Hamburger und Mohrstraße mit einem Taxi zusammen. Der Privatwagen wurde umgeworfen und vollständig zerstört; Direktor Weiß starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Letzte Nachrichten

(Eigene Sam- und Drahtberichte)

Berliner Ministerbesprechung.

Berlin, 20. Juli. (Telum.) Am Montag abend fand eine Ministerbesprechung der Berliner wählenden Reichsminister statt, in der laufende Angelegenheiten behandelt wurden, u. a. auch die Angelegenheit Nordsee. Ueber die geplanten Ausführungsbestimmungen bezüglich der Verordnung über die Grenzüberwachungsgebühren waren die Ressortarbeiten bis zum Montag abend noch nicht abgeschlossen. Wie man hört, liegen inzwischen auch im Berliner Kaiserzimmer Amtliche Proteste des Auslandes gegen diese Verordnung vor.

Konkurs der Nordsee.

Berlin, 21. Juli. (Eig.) Der Feldzeugmeister lag in ihrer Montag-Berichterstattung u. a. ein Antrag auf Abwendung des Konkurses der Nordsee M. B. in Bremen vor. Wie der Sag, Briefdienst mittelst, hat die Regierung beschlossen, diesen Antrag abzulehnen. Der Konkurs nimmt damit seinen Lauf.

Blutige Zusammenstöße in Sevilla.

Madrid, 21. Juli. (Telum.) In Sevilla leiteten Angriffe landwirtschafter Gruppen auf Polizeiposten heftige Zusammenstöße zwischen den der Fregatade u. a. ein von der Arbeitern beschossen wurde. Es gab drei Tote und zahlreiche Verwundete. Man befürchtet eine Wiederholung der Tumulte, da der Generalreich in der Stadt und Provinz Sevilla ausgerufen wurde, während die Regierung den Kriegszustand verhängte. Der Innenminister erklärte, mit aller Energie vorgehen zu wollen, um die Ruhe wieder herzustellen.

Inferer unerschütterlicher Mutter folgte unter lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel
Hermann Döhlert
 im vollendeten 55. Lebensjahr in die Ewigkeit nach.
 In tiefer Trauer
 Die Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung fand gemeinsam mit der unferer Mutter heute (Dienstag) 14 Uhr statt.

G. P. D., Ortsgruppe Halberstadt
 Möglich und unerwartet befristet unser treues Mitglied, der Parteigenosse
Hermann Döhlert
 im 55. Lebensjahr.
 Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
 Der Vorstand.

Geschlossene Veranda,
 Wilhelmstraße 12, im Garten oder Teile davon einsehlich.
 Übernahme des Möbels zu verkaufen.
 Besichtigung täglich 7-16 Uhr.
 Angebote schriftlich bis zum 27. d. Mts. 12 Uhr, Stadtbanamt, Zimmer 8, Halberstadt, den 20. Juli 1931.
 Das Stadtbauamt.

Verordnung
 über das Volksbegehren und zur Durchführung des Volksentscheidens „Sanctagausstellungen“.
 Gemäß § 18 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheidungen vom 8. 1. 1928 (Gesetzblatt, S. 21) wird hiermit verordnet:
 § 1. Nachdem der im Artikel 14, Abs. 1, Satz 1, der Verfassung eingeleitete Ausschuss es abgelehnt hat, den Landtag aufzulösen, und nachdem der Landtag selbst in seiner Sitzung vom 9. 7. 1931 ebenfalls beschloßen hat, sich nicht aufzulösen, wird festgesetzt, daß dem unter Führung des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V., gemäß der Bestimmung des Staatsministeriums vom 30. 6. 1931 - St. W. 1. 6885, W. 3, 3, 1, e. V. als „Landtag“ aufzutreten erkommenen Volksbegehren auf Auflösung des Landtags nicht entsprechen werden.
 Die Frage, ob der Landtag aufgelöst werden soll, wird nunmehr zum Volksentscheid gestellt.
 § 2. Als Abstimmungszeit wird Sonntag, der 9. August 1931, bestimmt.
 § 3. Der Stimmzettel hat die Größe von 10,5 mal 14,5 cm (Din A 4) und folgenden Aufschrift:
 Soll der Preussische Landtag aufgelöst werden?

Ja	<input type="radio"/>
Nein	<input type="radio"/>

 § 4. Die weitere Durchführung des Entscheidungsvorganges liegt dem Minister des Innern ob.
 Berlin, den 9. Juli 1931.
Das Preussische Staatsministerium.
 Braun. Geering.

Die vorstehende Verordnung des Staatsministeriums wird hiermit bekannt gegeben. Dabei wird auf Anordnung des Ministers des Innern zur Beförderung der Stimmzuführung bemerkt, daß die Stimmzettel zweckmäßig in der Weise erfolgt, daß Stimmberedigte, die die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen wollen, in den Kreis des mit „Ja“ Stimmberedigte, die sie verneinen wollen, in den Kreis des mit „Nein“ bezeichnen Wierdas ein Kreuz oder ähnliches Zeichen setzen.
 Quedlinburg, den 17. Juli 1931.
 Der Magistrat. Bolsig.

Auslegung der Stimmzettel für den Volksentscheid auf Auflösung des Landtages.
 Die Stimmzettel für den am 9. August 1931 stattfindenden Volksentscheid auf Auflösung des Landtages liegen vom 24. Juli 1931 bis zum 8. August 1931 je einschließlich im hiesigen Einwohnermeldeamt, Grünlagengarten, Markt 2, Zimmer Nr. 18, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus, und zwar an den Werktagen von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, Sonntags von 10 bis 13 Uhr.
 Wer die Stimmzettel für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungfrist bei uns schriftlich anzeigen oder im Auslegungssaal mündlich oder dem genannten Diensthabenden zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für die Vereinseitigkeit zu bürgeln.
 Quedlinburg, den 20. Juli 1931.
 Der Magistrat.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Quedlinburg.
 Einladungs.
 Gemäß § 90, Ziffer 1, der Statutenfassung wird hiermit eine **außerordentliche Ausschusssitzung** auf Montag, den 27. Juli 1931, 20⁰⁰ Uhr, in der Verkehrs-halle unseres Verwaltungs- Gebäudes, Heberstraße 15/17, festgesetzt.
 Die Tagesordnung lautet wie folgt:
 1. Verhandlungen der Statutenfassung.
 2. Bericht von der Mitglieder-Versammlung des Verbandes norddeutscher Gassen-Kassen in Dessau.
 3. Verschiedenes.
 Wir laden die gewählten Damen und Herren als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zu dieser Sitzung ein und bitten um zahlreiches und pünktiges Erscheinen.
 Der Vorsitzende des Vorstandes.
 A. Wiefel.

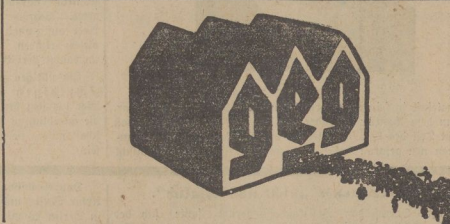
Kauf nur bei unseren Interentent!

Genosse Grummert-Magdeburg spricht
 am Freitag, abends 8 Uhr, in einer **Mitglieder-Versammlung** im „Gewerkschaftshaus“ über das Thema:
„Der finanzielle Zusammenbruch, seine Folgen und die Sozialdemokratie!“
 Es wird erwartet, daß alle Mitglieder zu der Versammlung erscheinen. Der Vorstand.
G. P. D., Ortsgruppe Halberstadt

Felsenkeller Spiegelberge
 Jeden Mittwoch, nachmittags 3¹⁵ Uhr
Großes Garten-Konzert
 (ca. 30 Musiker)
 ausgeführt von der Kapelle **Gagelmann-Dardeshaim**
 Eintritt frei!

Bunt- und Weißbäcker können ja, Mädchen an ihrer eigenen Gärtnerei erfahren.
Marg. Bethmann, Schneidemeisterin, Biemarckstraße 19, part. Nach Abendunterricht.
Junges Mädchen, 20 Jahr, sucht Stellung zum 1. August. Gute Zeugnisse vorhanden.
Martha Poppe, Heideweg 1, 2. Dbe.
Hühneraugenpflaster auf jedem Samt. **Schmerzmittel** **Collobium a. Wolstein** **Paris - Apodese.**

Unverzinsliches, unkündbares
Bau- und Hypothekengeld
 für Eigenheim, Hauskauf, Umbau, Ablösung teurer Hypotheken und Bankschulden. Erbschaftsverteilung usw. Einzahlungsrisikokredite auf Vermögensgegenstände können für Umschuldungen besorgt werden. Prämienfreie Lebens- und Krankenversicherung.
 Senden Sie mir unverbindlich und kostenlos aufklärende Druckschrift S. 173 oder S. 174.
 Name: _____
 Ort und Straße: _____
 als Drucksache 4 Pf. Mitarbeiter überall gesucht.
 General-Vertretung: Otto Wallwey, Kreisen-Harz, Bismarckstr. 128.



Hausmutter, Verkäufer!
Sie sind in den Konsumverein!
 Dort findet sie auch die positive Lösung der Lebenshaltung ihrer Familie zu erreichen, denn ihr erspart dort den Händlergewinn. Als Mitglied des Konsumvereins ist ihr **euer eigener Händler!**
 Seinen besten Ausbruch findet der Abschluss des Privathandels in den außerordentlich günstigen Grundlages hergestellten **GEG-ERZEUGNISSEN**
 Diese empfehlen sich allerorts durch Preiswürdigkeit und Güte. Man bekommt sie ihrer Bestimmung gemäß aber nur in der **Konsum- und Spargenossenschaft für Halberstadt und Umgebung e. G. m. b. H.**

Bekanntmachung.
 Die Remondbestellungen der Badgemeinde Jilm sollen am Freitag, den 24. Juli 1931, nachmittags 4 Uhr in der „Rezeptions-Gewerkschaft“ hierorts öffentlich gegen Meistgebot verpackt werden.
 Bedingungen können vorher in der Gemeindekanzlei eingesehen werden.
 Jilm, den 18. Juli 1931.
 Der Gemeindevorsteher.

Tapeten
 Linoleum - Siragula
 größte Auswahl - billigste Preise.
Tapetenhaus „Rohma“
 Blücherstr. 19. Telefon 2223.

Harzer Bergtheater - Grüne Bühne
 Thale/Harz (Tel. 256) Leitung: Intendant Erich Pabst
„Romeo und Julia“
 Trauerspiel von William Shakespeare
 Musik: Eduard Borchstein
 Aufführungen: Mittwoch, den 22., Freitag, den 24., Sonnabend, den 26., Sonntag, den 26. Juli, 4.30 Uhr.
„Schluck und Tau“
 Scherzspiel von Gerhart Hauptmann
 Musik: Eduard Borchstein
 Aufführungen: Donnerstag, den 23., Montag, den 27. Juli, 4.30 Uhr.
 Vorverkauf: Buchhandlung Reinert, Verkehrtshaus, Südliches Verkehrs- und Wirtschaftsamt.

Breuß. Güdd. Klassen-Lotterie
 Die amtliche Gewinnliste A. Kl. zu 10 Pf. verkauflich!
Haupt- und Schlussziehung
 8. August bis 12. Septbr.
 268 000 Gewinne - rund 96 000 000 Mark
 Kauflose zu 25. - für 1/4 Ros sind noch zu haben!
 Erneuerungslosse müssen bis Sonnabend, den 1. August eingelöst werden.
Staatl. Lott.-Einnahme Strobach, Rühlingsstr. 3

Landhaus am gläsernen Abnch
 empfängt täglich von 6-8 Uhr abends
ff. neue Kostoffeln und Desserts - Matjes - Hering
 Eine große Portion mit Butter für nur 46 Wfa., ohne Butter für nur 35 Pfg.
 Bedienungsgeld wird nicht erhoben.
Spezialbehandlung von off. Beinen
 Krampfadergeschwüre, geschwollene Beine, selbst 10, 15 und 20 Jahre alte Fälle, wo bisher alles versagt, werden noch oft in verhältnismäßig kurzer Zeit, völlig geheilt, ohne Schmerzen, ohne Berührung, Senk- und Pflasterbeschwerden, nasse und trockene Flechten, sowie sonstige Hautkrankheiten werden ebenfalls mit best. Erfolg behandelt.

Ag. Dedek **Hellkandig**
Hombörsch
 Walter Rathenau-Straße 43.
 Sprechst. tägl. von 10-12 und 2-4, außer Montag und Mittwoch.
Verkaufe äußerst billig
Schlafzimmer Eiche, mit Anmen trügel
Küchen weiß und lackiert
Marg. Göttert, Möbelermeister, Kornstr. 15

Neue Kartoffeln, Holländer-Erbsling und grüne Bohnen, Koriander ohne Säben
 hat abzugeben
E. Mehler, S. d. Bleiche
 Telefon 2250.
 Heute frisch geschlachtet.
 Empfehle alle Sorten frischer Wurst- und Fleischwaren. Feiner Jägel, Schweinefleisch, Knochen, Berliner Schinken, Junger und Schmalz.
Bäckerei u. Schmelzerei
Wilh. Palm, Schulstraße 11. Tel. 1394.
 Prima gelbbraune **Dönerwälder**
Blaue
 10 Wfa. 50 Pfg.
Franz Gebhard
 Giebstraße 9. Teleph. 2881.
Weinbereitung!
 Flüssige und trockene Weine, besten, Weinleins- und Zitronenweine, Sekt und Sektierpapier, Gewürze.
Löwen-Drogerie
 W. Rathenau-Straße 60.
 Wasserdicke Strapazier- **Wetter- u. Mäntel** für den Beruf für M. 22.00
Textilariafabrik Röber
 Halberstadt Quedlinburgerstraße 98.
 Interentent bringt !!

Tapeten-Reste billigst im **Tapetenhaus „Rohma“**
Wernigerode
Bekanntmachung.
 Der Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Amtsbezirke Jernburg, Drübeck, Stapelburg und Maljereben hat in der Ausschusssitzung vom 19. Juli 1931 beschloßen:
 1. die Leistungen auf die gesetzliche Mindesthöhe herabzusetzen,
 2. die Beiträge auf 7,4% zu erhöhen.
 Der Vorstand. gez. Wollenhaupt

Marktspiele Heute, 8¹⁵ Uhr **Könige**
 Rauchwaren empfiehlt **W. Steigerwald,** Breitestraße 30.

2 Ratschläge
 für die Schönheitspflege auf der Reise
 1. Zur natürlichen Befeuchtung der Haut fette man vor und nach der Beförderung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Sebor gründlich ein; man erzielt dann eine längerfristige Wirkung eine gelbbraune, feintexturierte Kosmetik.
 Creme Sebor - fettfrei in roter Packung, erhältlich in unserer Packung - Tube 60 Pf. und 1 Wfa. Sebor - Seife 10 Pf. In allen Chlorobrom-Verkaufsstellen zu haben.
 2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne muß man früh und abends die Zähne mit der bereits erwähnten Zahnpasta Chlorobrom, die auch an den Schleimhäuten, mit Hilfe der Chlorobrom-Zahnbürste einen einwandfreien Glanz erzeugt. - Chlorobrom-Zahnpasta, Tube 24 Pf., nach 50 Pf. Chlorobrom-Zahnbürste 1 Wfa., Abtrockner 60 Pf., Chlorobrom-Zahnwäsche 1 Wfa.

Notverordnung und Kriegsbeschädigte.

Der irreführende Begriff „Leichtbeschädigt“. — Die Ungerechtigkeiten der Notverordnung gegen die sogenannten Leichtbeschädigten.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben: Kann man es anders als großen Unfug bezeichnen, wenn Kriegsbeschädigte mit körperlichen Schäden, die von der Kriegsbeschädigtenverordnung...

Leichtverletzt ist nach landläufiger Auffassung, wer mit einem blauen Auge davon gekommen ist, sich in den Fingern gelähmt hat, die Hüfte wund gelassen hat oder bei einer Reitersturz etwaige Hautbeschädigungen...

Diese Begriffsverwirrung wird seitens des Reichsarbeitsministeriums nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar noch gefördert. So muß beispielsweise der Neubegründung von Reichsarbeitsministerien der Tagespresse zugeweihter Artikel des Abteilungsleitenden Dr. Schürsthalp...

Die sogenannten Leichtbeschädigten waren schon bisher nicht befördert, sondern dadurch, daß ihnen keine Frauenzulage zuerkannt wurde, schlechter als andere Kriegsbeschädigte. Die Rentenquote der 30 und 40 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit...

Durch die Notverordnung werden die verheirateten Leichtbeschädigten mit Kindern besonders hart getroffen. Während die Schwägerinnen und die kinderlos verheirateten Leichtbeschädigten nur von der allgemeinen Kürzung der Ortszulage in Höhe von 4,5 bis 12,2 v. H. betroffen werden...

Um die Wirkung des Entzuges der Kinderzulage zu erkennen, sei bemerkt, daß bisher alle verheirateten Kriegsbeschädigten mit Kindern zu ihren Gehältern einen Zuschlag von 20 v. H. für jedes Kind erhielten. Daraus geht hervor, daß dieser Kinderzuschlag keine feste Größe wie bei den Beamten...

also mehr als die Hälfte der Gesamtzahl. Verheiratet sind davon nach statistischen Ermittlungen etwa 75 v. H. Da nicht alle Verheirateten Kinder haben...

Nachdem man den Leichtbeschädigten nicht einmal die Frauenzulage zuerkannt hat, räumt man ihnen jetzt noch in rigorosster Weise die Kinderzulage für das erste Kind und fügt ihm so eine weitere Kürzung der bisherigen Rente um 20 v. H. zu.

WERNIGERODE

Wochenend der kleinen Angestellten.

Am Sonntagabend wird um 2 Uhr das Büro geschlossen. Man kann nicht mal mit Ruhe nachsorgen gehen. War man von den sechs Arbeitstagen bloß nicht so erschöpft...

Und Mutter schreit mit einem Auge nach den Kindern hin. Und geht um drei mit Otto auf die Rabenlocher. Wir kommen morgen Abend nicht vor zehn nach Haus.

Am Sonntagabend läßt sich Hans die Haare schneiden. Und macht im Café dann mit Rita ganz „auf groß“. Und Erna schmökert Sonntagsabend jundenlang in „Hella Hartmigs Leiden“.

Und denkt: ich schief mich morgen aus — das ist große Bos. Ein Häfelchbüchchen trägt das unbedruckte Biederfräulein. Am Sonntagabend einmalden Bedienten.

Drum, Sonntagabend, laß nicht immer 7 mal 24 Stunden auf dich warten! Eva Gottgeiren.

Wo bleibt der 2. Mann?

und Kinder mit Obstbäumen zu vergleichen. Sehr oft registrierte er hierbei den Vers: „Haut ab, sprich Otto, den laulen Baum, der keine Früchte trägt.“

„Der Jahn! Jahn!“, sprach der Kantor, „ist ein milder Baum, und hart, sehr hart ist er. Mein Kinngeißel ist für den zu weich; der muß in andere Hände kommen, in die des Obergärtners.“

So aufklärte, pflegte und lästete er Jan. Hat ließ er laufen; die Sorge für diesen übertrug er ohne weiteres dem Obergärtner. Die Knaben lebten sich nach Kinderart bald in ihre neue Heimat ein.

„Warum die Tante wußte immer so böse aussehend?“ grübelte Jan oft. „Sie ist doch reich, hat einen schönen Hof und Garten und kann dazu mit Sägen und Scheren.“

„Warum die Tante wußte immer so böse aussehend?“ grübelte Jan oft. „Sie ist doch reich, hat einen schönen Hof und Garten und kann dazu mit Sägen und Scheren.“

„Warum die Tante wußte immer so böse aussehend?“ grübelte Jan oft. „Sie ist doch reich, hat einen schönen Hof und Garten und kann dazu mit Sägen und Scheren.“

„Warum die Tante wußte immer so böse aussehend?“ grübelte Jan oft. „Sie ist doch reich, hat einen schönen Hof und Garten und kann dazu mit Sägen und Scheren.“

„Warum die Tante wußte immer so böse aussehend?“ grübelte Jan oft. „Sie ist doch reich, hat einen schönen Hof und Garten und kann dazu mit Sägen und Scheren.“

„Wohl niemand wird behaupten wollen, daß derartige geringfügige, fast nur ein Trümelchen darstellende Rentenlücke eine ausreichende Entschädigung für „Leichtbeschädigte“ sein können, die um 30 bis 40 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind.“

Somit kommt, daß den „Leichtbeschädigten“ nicht der Schutz des Schwerbeschädigtengesetzes bei Einstellung und Kündigung des Arbeitsverhältnisses zur Seite steht, so daß sie in großer Zahl arbeitslos sind und nur schwer wieder in geeignete Arbeitsstellen untergebracht werden können.

Die Reichsregierung und die Reichstagsabgeordneten sollten sich klar darüber sein, daß — stellt eines Rentenabbaus — mit zunehmendem Alter der „Leichtbeschädigten“ eine Verbesserung ihrer Rentenfähigkeit dringend erforderlich wird.

Der Ansturm auf die Sparkassen der Konsum-Genossenschaften.

Von dem durch die Geldkrise hervorgerufenen Ansturm auf die Banken und Sparinstitute sind auch die Sparkassen der Konsumgenossenschaften nicht verschont geblieben. Dem verhängnisvollen Einfluß gemiesener Elemente, die in der gegenwärtigen Zeit im Trüben fischen wollen...

Das ist das Geld in der Briefstube oder Schreivertischstube ebensoviele sicher, wie das Guthaben auf der Sparkasse, so daß eine vermeintliche Inflationsgefahr die Spargeldabhebungen niemals rechtfertigen kann.

Die Sparkassen sind bedauerlicherweise gezwungen, die Guthaben der Verleumdung zu leisten und ihnen zu verlieren brauchen. Dem Gegenüber ist ihr Geld bei den Konsumgenossenschaften in der den besten sichereren Weise angelegt, da es in Betrieben arbeitet, die unter der Wirtschaftsnote verhältnismäßig am wenigsten zu leiden haben.

Spätlinghof.

Roman v. A. v. d. Eider.

4. Fortsetzung. (Waldbrand verboten.)

Früh um acht Uhr ging es zum Kantor Steffens in die Schule, der Kantor war ein guter alter Mann, der sein Interesse teils zwischen Schule und seinem Obdienten, der er beide gleich sehr liebte.

Zu diesem Lehrer kamen Jan und Jan. In die Schule gingen Knaben und Mädchen. Auf der rechten Seite saßen die Mädchen, auf der linken die Knaben.

Jan und Jan erhielten ihre Plätze nach ihrer Größe angewiesen. Gerüstlos und bereit sich umsehen, nahm Jan den ersten ein, während Jan sich langsam und klein niederließ. Erst nach einer Stunde wagte der Kleine sich umzuwenden.

Wenn die Reihe zu antworten an die Knaben kam, leierte Jan seine Antworten laut und rasch, ohne zu stocken, herunter, mochten sie nun falsch oder richtig sein. Jans Antworten kamen leise und zögernd heraus, und gab er mal eine besonders gute Antwort, dann bekam er einen roten Kopf.

Kantor Steffens hatte sich bald ein Urteil über seine beiden neuen Schüler gebildet. Er pflegte seine Obstbäume mit Kindern

weisse Sternblümen; am Baum blühten Hedenröschen und Anemonen, zwischen Wurzeln und Petersilie standen duftende Nelken und Stiefmütterchen.

„Erntefestessen hatte gerade den Beinen in der Hand, um den Reichtum an einer Stelle des Hofplatzes auf die andere zu legen.“

„Bist du verrückt, Junge?“ keifte sie. „Denkst, ich mach mich was aus lo'n Krautmann? Wärst de Vöhner!“ Bei diesen Worten nahm sie den mit so viel Liebe und Mühe gepflanzten Strauß und warf ihn zum Reichtum.

„Bist doch ein rechter Döspott.“ Jan antwortete nicht. Innerlich wurde er dem Bruder und der Tante immer mehr entfremdet.

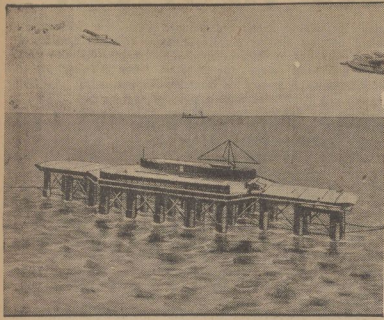
Die Wege der Knaben gingen mit der Zeit immer mehr auseinander. Jan verkehrte am liebsten mit den mildesten und bösartigsten Jungen des Dorfes, mit Hans Speich, der tagelang die Schule schändete, und Jörn Wenz, der in den Gärten Apfel und Birnen stahl.

„Bist doch ein rechter Döspott.“ Jan antwortete nicht. Innerlich wurde er dem Bruder und der Tante immer mehr entfremdet.

„Bist doch ein rechter Döspott.“ Jan antwortete nicht. Innerlich wurde er dem Bruder und der Tante immer mehr entfremdet.

„Bist doch ein rechter Döspott.“ Jan antwortete nicht. Innerlich wurde er dem Bruder und der Tante immer mehr entfremdet.

Schwimmende Ozeanflößen.



Modellzeichnung eines schwimmenden Flughafens im Atlantischen Ozean.

Der vielbesprochene Plan zur Sicherung der Transozeanflüge zwischen Amerika und Europa, schwimmende Inseln im Ozean zu verantern, soll jetzt verwirklicht werden. Nach dem Plan des Ingenieurbüros werden die Inseln in Amerika gebaut und durch Schiffe in Abständen von 500 km an geeigneten Stellen im Atlantik verankert.

„Fall Halsmann“.

Ueber die angeklagte Aufstärkung des österreichischen Morbilles Halsmann werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Philipp Halsmann war wegen Ermordung seines Vaters, des Rigor Johannes Dr. Halsmann, verurteilt und später begnadigt worden. Der Sohn soll dem Vater von einem Erzieher Berg in eine Schlichter geziehen haben. Verschiedenen Gründen wurde die Möglichkeit des Verbrechens nicht angezweifelt. Neue Ermittlungen, die auf Veranlassung des Wiener Grafen Goudohorske-Kalergi und des berühmten Pariser Rechtsanwalts Torres von dem französischen Journalisten Benard in Innsbruck vorgenommen sind, führten zu der sicheren Annahme, daß die ursprüngliche Selbstbegünstigung eines gewissen Johann Schneider richtig sei. Schneider hatte sich ursprünglich als Mörder bezeichnet, später aber sein Geständnis widerrufen und ein Alibi behauptet. Es heißt, daß das Alibi widerlegt sei.

Drei Jahre Zuchthaus wegen illegalen Waffenbesitzes. In der Wohnung des 29 Jahre alten erwerbslosen Arbeiters Heinrich Fröschl in Hüllendorf wurde bei einer Durchsuchung von der Polizei eine Menge von Schusswaffen und Sprengmaterial gefunden. Darunter Handgranaten, mehrere Revolver, Revolvermunition und Sprengpulver. Die Waffenverstecke sollten nach den Angaben Fröschl noch aus den Zeiten des bismarckianischen Preußenreiches stammen. Außerdem fand man einige Exemplare einer illegalen kommunistischen Zeitschrift „Oktoberr“, Fröschl, ein rühriges Mitglied der KPD, mußte sich jetzt vor dem vierten Strafgericht des Reichsgerichts verantworten. Die Angelegenheit, daß die Waffen bei irgendwelchen Umständen oder sonstigen Gelegenheiten vermerkt werden sollten. Auf Grund des Sprengstoffgesetzes, des Sprengstoffgesetzes und des Schusswaffengesetzes, aber auch wegen Verletzung des Waffengesetzes und eines Verzeichnisses gegen das Republikverstoßgesetz (Zugehörigkeit zu einer feindseligen Verbindung) wurde Fröschl auf Verurteilung der Verurteilungsdauer für drei Jahre Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Der „Apfelfuß“. Im Cheftop im Kreise Radonitz (Polen) feierten Bauernburgen die Rückkehr eines polnischen Reisenden in der heimlichen Brautweihnachtsfeier. Als sich der Soldat seiner Treuepflicht im Schloß erinnerte, verlangten die jungen Leute von ihm, daß er einem von ihnen einen Apfel vom Kopf herabschöpfen sollte. Unglücklicherweise leistete der Soldat der Aufforderung Folge. Die ganze Schrotladung drang dem jungen Burgen, der sich gerade dem Wilhelm Leißler Vorbild unter einem Baum aufgestellt hatte, in den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Schach-Gcke

Philidor's Springerspiel
Gespielt im Oktober 1858 zu Paris.
Weiß: Paul Morphy.
Schwarz: Herzog Karl von Braunschweig, Graf Isouard.
1. e2-e4 e7-e5
2. Sg1-f3 d7-d6
3. d2-d4 Le8-g4
4. d4x5 Lg4xf3
5. Dd1xf5 Dd6xe5
6. Lf1-e4 Sg8-f6
7. Df3-b5 Dd8-c7
8. Sb1-c3
Morphy ist über das Stärkeverhältnis im klaren, welches zwischen ihm und seinem Gegner obwaltet. Er hat vollen kommen Recht, daß er den Damenstaus nicht zuläßt und den Bauer h7 nicht schlägt.
9. ... e7-e6
10. ... Sg7-b5
Besser war Dc7. Der Textzug gibt Morphy Gelegenheit zu einer furchterlichen, höchst eleganten Opferkombination mit überaus schönem Schlußeffekt.
Lösung zur Aufgabe von C. G. Gairloov aus der vorletzten Nummer.
1. Lg4-c6 Droht 2. Dd2-d5#
1. ... Tc6x6; 2. Tc7x6#; 3. Sbx7d7#
1. ... Ld7x6; 2. Sbx6e6#; 1. ... f7x6; 2. Sh4-g6#
1. ... Dd1x6; 2. Sbx6d7#; 1. ... Ke7x6; 2. Tt4-e4#
1. ... Te6-d6; 2. Dd2-c3#; 1. ... e2-e1=L; 2. Te4xe1#
Sedmaliges L-Osefer! Eine an Varianten reiche Aufgabe! Das vollständige Fehlen von weißen Bauern erhöht den Wert der Aufgabe in hohem Maße! — R. B. —

hoffnung auf Abessinien. Zwei junge 23jährige Burden aus Duisburg-Wedderich, sprachen, angezogen durch ein Bild in einer illustrierten Zeitung, an den König von Abessinien mit der Bitte, ihnen angelehrt der trockenen Arbeitslosigkeit in Deutschland, irgend eine Beschäftigung zu verschaffen. Erfuldigungsweise erhielten die beiden Erwerbslosen Antwort. Der König von Abessinien rief ihnen, getrost zu ihm zu kommen, für Arbeit wolle er schon sorgen. Da das Duisburger Wohlfahrtsamt in der unternehmungsstarken jungen Leute keinen Verleihsfuß gab, haben die beiden sich per Rad auf den Weg gemacht. Sie hoffen, in 5 Monaten am Ziel angelangt zu sein. Hoffentlich auch am Ziel ihrer Arbeitswünsche.

Uebervölkernngsstatistrophe. Anloge eines Wolfenbruchs kam es in der Nähe von Neidenburg, im Ddenwald zu einer Uebervölkernngsstatistrophe. Eine weite Strecke Landes veränderte sich in einen See. Der maraleische Seeboden ist bedeutend. Die Gondel auf dem Dach. In Naaloburg (Süland) ereignete sich ein eigenartiger Unfall. Beim Aufstieg eines Militärballons blieb die Gondel an einem Dach hängen. Verletzt wurde niemand. Alles entfiel unter dem anwesenden 4000 Fußwachen eine Waller-Anstaltsstrophe. Bei einer Parade an einer nach Witter (Ruhgebiet) führenden Chaussee führte ein Autabus in einen Sumpf, hengeraben. Von den Insassen wurden 13 zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Gewerkschaftliches Vernünftige Lohnpolitik.

Henry Ford in Detroit ist nicht nur ein erfolgreicher Autofabrikant, sondern er hat Geist und Verstand — was man von den deutschen Wirtschaftsprominenten leider nicht allgemein sagen kann —, um sich den Luxus zu leisten, sich mit Wirtschaftspolitologie zu beschäftigen. Verteidiger des kapitalistischen Systems und mit gutem Menschenverstand begabt, glaubt er an eine Regeneration der kapitalistischen Wirtschaft durch Anpassung in der Verteilung des Wirtschaftsproduktes. Während z. B. an deutsche Innenminister, englisch und borniert, den Lohn nur als Irreführung betrachtet, hat Ford den Rahmen einer einseitigen Wohlstandsreformulation gefordert. Er kritisiert in wirtschafthilffähigen Maßstäben und betrachtet den Lohn auch als Faktor der Wirtschaft, d. h. ohne genügend hohen Lohn kann sich keine Wirtschaft entwickeln.

Diese Gedanken hat Ford in den letzten Tagen in der ihm eigenen markanten Weise niedergeschrieben. Die ganze Krise ist für ihn eine Phase eines großen Uebervölkernngsprozesses. Angehört dieses Prozesses hätten Sozialisten und Theoretiker des Wirtschaftslbens als einziges Mittel zur Ueberwindung der Depression die Senkung der Löhne anzuregen. Aber denkt doch nicht an die letzten drei großartigen Lohnausforderungen der deutschen Schmirnbetriebe um abermals 20 Prozent? Red. Diese Herren, so fährt Ford fort, möchten die große Krankheit auf eine Weise heilen, die den Arbeitern die Löhne aufbietet. Sie vergessen dabei, daß eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne die Kaufkraft der Masse verringert, was die Situation erschweren statt verbessern würde. Veräume man die große Masse der Wirtschaft, Geld auszugeben, d. h. vernünftig auszugeben, dann unternimmt man die Senkung der Löhne. Die Wirtschaft aufschmerze. Man müsse die Möglichkeit schaffen, den höheren Lohn zur allgemeinen Geldzurückhaltung zu benutzen. Einkäufe zu machen, kurz an der Wiederbelebung der Wirtschaft mitzuwirken. Die wichtigste Voraussetzung dazu sei die tätige Hilfe des Unternehmers. Er, also Henry Ford, habe die Köpfe seiner Arbeiter und Angestellten nicht gefügt, sondern er habe sie mitten in der Krise erhöht, von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß die Verbesserung der Kaufkraft seiner Arbeiter leigere und damit das Leben bei der Wirtschaf nachher besser sein würde. Er hoffe, daß wir inmitten einer grandiosen Revolution leben, die sich weit von der Basis vergangener Systeme entfernt. Der höchste Wertmar sei nicht als die Rindheit einer neuen Epoche, deren wirtschaftliche Bedingungen großartiger aber auch gefährlicher seien, als die der Vergangenheit.

Der gesunde Menschenverstand hat diesen Ausführungen Fords nichts mehr hinzuzufügen.

Zusammenfluß aller öffentlichen Arbeitgeber.

Die Vertretung der Verwaltungen und öffentlichen Betriebe des Reiches, der Länder und der deutschen Gemeinden hatten vor kurzem im Reichsfinanzministerium Verhandlungen, in denen der Zusammenfluß der Substanz- und Betriebsverwaltungen, also sämtlicher Betriebe des Reiches, der Eingeländers, der Gemeinden und Gemeindeverbände usw. zu einem Reichsarbeitsgeberverband erörtert wurde. Dem Vorhaben nach ist eine Kommission eingesetzt worden zur Ausarbeitung der Satzungen des neuen Arbeitgeberverbandes. Die Ausprache wird Ende August oder Anfang September fortgesetzt. Dann erst ist mit der offiziellen Gründung des Arbeitgeberverbandes zu rechnen.

Ueber den Zweck dieses Zusammenflusses verläutet zunächst noch nichts, jedoch dürfte man nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß dabei insbesondere an eine einheitliche Vintie für die Tarifgestaltung der Arbeitnehmer in der öffentlichen Verwaltung, bzw. an eine zentrale Einwirkung bei weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen gedacht worden ist.

Wirtschaft und Handel Fallende Preise.

Der Großhandelsindex hat sich in der zweiten Julihälfte von 112,1 auf 112,3 erhöht. Die Steigerung beträgt also 0,2 Prozent. Der Agrarindex hat um 1,1 Prozent auf 107,2 (Preis 1913 immer = 100 gesetzt) zugenommen. Bei den Kolonialwarenpreisen liegt ein Anstieg um 1,8 Prozent auf 96,3 Prozent vor. Die industriellen Rohstoffe und Halbwaren sind um 0,4 Prozent auf 103 gefallen. Der Index für industrielle Fertigerwaren überwinderte sich um 0,1 Prozent auf 136,3. Sämtliche Warenpreise haben also nachgelassen, mit Ausnahme des Agrarindex, der vor allem durch Anziehen der Viehpreise stieg.

Berliner Getreidebörsen vom 20. Juli.

	18. Juli	20. Juli
Weizen	254,- bis 256,-	255,- bis 257,-
Roggen	158,- bis 160,-	158,- bis 160,-
Neue Wintergerste	151,- bis 150,-	151,- bis 150,-
Bräugetriebe	— bis —	— bis —
Dauer- und Anbaugetriebe	— bis —	— bis —
Datier	161,- bis 167,-	162,- bis 168,-
Reismehl	30,75 bis 37,00	30,75 bis 37,00
Roggenmehl	27,25 bis 29,75	27,25 bis 29,75
Weizenmehl	12,75 bis 13,00	12,90 bis 13,20
Roggenmehl	11,35 bis 11,75	11,50 bis 12,00

Amliche Eiernotierungen. Festgesetzt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 20. Juli. 2. Deutliche Eier: Einleitner weißlich, gefirnelt bis über 60 er 10, über 60 er 9,50, über 60 er 8,50, über 45 er 7,75, frische Eier über 55 er 8, ausfortierte kleine und Schmutzter 6,50. 3. Auslandseier: Dänen 18er 10,25, 17er 9,75, Schweden 18er 10,25, 17er 9,75, Engländer 17er 9,25, 15er 16er 8,50-8,75, leichtere 8,25, holländische 8er 10,50, 60-62 er 9-9,50, Rumänen 7-7,25, Russen große 7-7,50, normale 6,75, abweichende 6-6,50, kleine, Mittel- und Schmutzter 5,50-6,00. Die Preise verstehen sich in Weisspreis für 100 Stück im Verkehr zwischen Labungsberecher und Eiergroßhändler als Bagan oder Lager Berlin nach Berliner Männen. Witterung: veränderlich, Tendenz: bestialt.

Amliche Berliner Karstoffproduktioner je Zentner waggonfrei märtischer Station: Deutsche Erfindung 4-4,40 A. Frickkarstoff-Verleierung in Calbe am Montag, den 20. Juli auf der Vormittags-Verleierung gelangten 140 Zentner Karstoff (Kollender Erfindung) zum Angebot. Es wurden 300 384-415 der Zentner einleitlich zum erst. Zentner gelangten 700 Zentner zum Angebot. Es wurden 300 301-408 der Zentner einleitlich (ohne) zum erst.

Arbeiter-Sport.

W. S. „Wasserfreunde“ Halberstadt. Am Sonntag, den 2. August, findet in Thale ein Schwimmspiel statt, an dem die Halberstädter teilnehmen müssen. Am gleichen Tage ist in Bernigerode das Bergarten- und Sportfest, zu dem die Halberstädter gehen. Die Aufstellung zu beiden Veranstaltungen wird heute, Dienstag, 20 Uhr, bei Publikum vorgenommen. Alle Aktionen der Frauen- u. Männerabteilung müssen unbedingt erscheinen.

Jugendbewegung

Sozialistische Arbeiter-Jugend (S. A. J.). Halberstadt. Abzug, Frankfurt/Main! Die Frankfurt/geren sind eingetroffen. Volksanzug, Halberstadt. Am Dienstagabend um 8 Uhr findet im Saal des Marie-Hauptmannhauses ein Lichtbildabend der S. A. J. statt. Es werden Lichtbilder aus dem bekannnten Film „Am Westen nichts Neues“ vorgeführt. Wir nehmen alle an dieser Veranstaltung teil. Bernigerode. Morgen, Mittwoch, müssen zum Heimabend Zeigenheit und Bücher mitgebracht werden.

Kindergarten. Arbeiter-Kindergarten Halberstadt. Abzug, Zellsager! Wir treffen uns am Sonntag, den 25. Juli, 10 Uhr, am Hauptbahnhof. Ein jeder bringt eine Decke, zwei Bündel, Becher, Hefel, Babel, Meier, Waldzeug, Badzeug und Turnschuhe mit. Alles muß mit vollem Namen beschriftet sein. Weitere Anweisungen im Morgen im Heimabend. Wer sein Spargeld ansparend haben will, muß sich melden. — Rote und Jungfrauen. Morgen, Mittwoch, 4. Heimabend im Pioniergarten.

Freiwilliger Arbeiter-Jugend. 20. Juli, Halberstadt. Morgen abend im Heim: Ausprache über aktuelle Fragen. Keiner darf fehlen.



Halberstadt-Wehrklub. Spieletorps. Mittwoch 19.30 Uhr. Lieben der Spieletorps an der Feldhöhe. Durchführung. Die vorgesehene öffentliche Sonder-Vermählung fällt heute abend aus. Trotzdem wird die gesamte Ortsgruppe, einschließlich des Spieletorps, heute um 19.30 Uhr am Schloßberg an. Bernigerode. Am kommenden Sonntag findet unsere Kaffeepartie statt, darauf wir unsere Kameraden mit ihren Familienangehörigen besonders aufmerksam machen.

Amliche Witterungsvorhersagen



BELEHRUNG: wolklos, ohne, halbbewölkt, wolkig, überdekt, Regen, Schnee, Dunst, Nebel, Gewitter, Hagel, Stille, leicht, mässig, stark, Sturm, Stark, wolkig, Regen, 2 Grad Celsius, 12h, 20h = SW stark, wolkig, Regen, 2 Grad Celsius.

Vorausichtige Witterung bis 22. Juli, abends: Einen einigermaßen freundlichen Charakter zeigte das Wetter am Montag nur während der Mittagsstunden. Am Dienstag kam ein Gewitter aus West, darauf trübte es sich hart ein und die Temperatur sank beträchtlich. In der Nachtzeit wurden in den Abendstunden nur 12 Grad beobachtet. Hier war es kühler als an der Südpol-Gränzlands, wo immerhin noch 14 Grad gemessen werden konnten. Der Stern der nördlichen Depression liegt über Lapland. Auf seiner Westseite strömen sehr kühle Luftmassen nach Deutschland herein, die westwärts bis nach Island reichen. Am Dienstag wird das Wetter zunächst recht kühl bleiben, anfangs werden immer noch Regenwolken auftreten. Ausfichten: Am Dienstag unbedeutend, ziemlich kühles Wetter mit Regenwolken. Am Mittwoch noch kühl, aber aufhebend bis ablaufendem Wind.

Letzte Tagesereignisse in Bildern

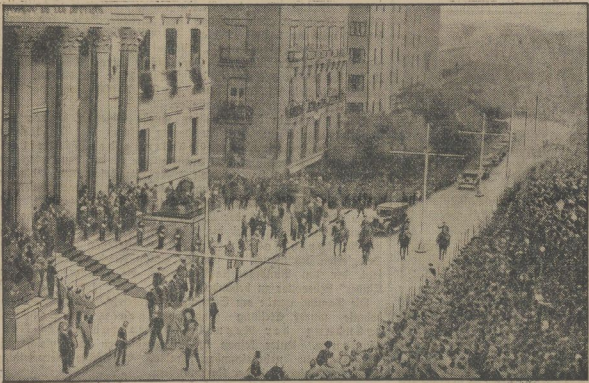
Aufregende Tage an der Londoner Börse.



Nach der Verkündung der Schlusskurse in der Londoner Börse am letzten Tage der Katastrophenwoche.

Die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft hat auch auf den ausländischen Börsen, besonders aber in London, einen Ruinsturz von gemäßigten Ausmaßen zur Folge gehabt. Erst die Nachricht vom Zustandekommen der deutsch-französischen Verhandlungen in Paris brachte eine Entspannung und damit ein neues Steigen der Kurse.

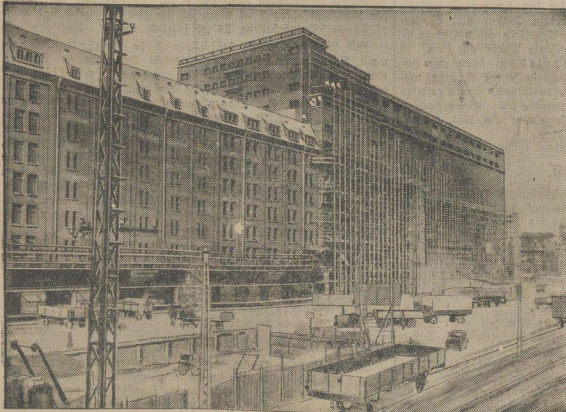
Die Eröffnung der spanischen Nationalversammlung.



Auffahrt des Ministercabinetts vor dem Parlamentsgebäude in Madrid.

In Madrid wurde feierlich die gesetzgebende Nationalversammlung eröffnet, die der jungen spanischen Republik ihr Grundgesetz geben soll.

Deutschlands größter Getreidespeicher in Bremen.



Der ungeheure Speicherkomplex am Bremer Freihafen.

Mit der Beendigung der Erweiterungsbauten des Getreidespeichers am Bremer Freihafen ist Deutschlands größter Getreidespeicher in Betrieb genommen worden. Das riesige Gebäude, das über einen 73 000 Tonnen großen Lagerraum verfügt, wird von der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft verwaltet.

Moderne Wikinger.



Die kühnen Segler George Benson (links) und Anders Johannsen an Bord ihres Frachtbootes „Bullmann“, eine 8 m langen, einfachen Segelboot, mit dem sie in 10 Monaten von Schweden durch den Atlantischen und Stillen Ocean bis nach Australien segelten. Die Strecke beträgt etwa 30 000 km.

Der Ersatz für die Glaspalast-Ausstellung 1931.



Der Eingang zu der Ausstellung im Deutschen Museum in München.

Als Ersatz für die durch Feuer vernichtete Kunstausstellung im Münchener Glaspalast wurde jetzt in den Räumen des Deutschen Museums eine große Erlösausstellung eröffnet. Die dadurch einfließenden Mittel sollen als Grundstock für die Neuerrichtung des Glaspalastes dienen.

Die Demonstration der 8000 Holzkreuze.



Demonstration der belgischen Frontkämpfer in Brüssel.

In Brüssel fand eine eindrucksvolle Demonstration der Frontkämpfer für die Rechte der ehemaligen Kriegsgefangenen statt. 8000 Mann zogen mit Holzkreuzen, die die in Gefangenschaft verstorbenen Kriegsteilnehmer symbolisieren, durch die Stadt.



Das Olympia in Wien.

Oesterreich in vollster Olympiastimmung.

Alle Straßen nach Wien sind von Olympiapflanzern besetzt. Die deutschen Zippeler vereinen sich mit den einheimischen aus Tirol, Böhmen, Steiermark usw., die über die Alpen hinwegkommend ebenfalls nicht Weizen und Roggen, sondern beim Weltarbeitersportfest dabei zu sein. Das Olympiapflanzertreffen am Schwarzenbergplatz ist der erste Sammelplatz. Dort ist der Wohnungsausweis in Fädeln, der dank der Wiener Gafreundlichkeit für alle noch Quartier anweisen kann. Die ersten Sonderzüge und Sonderzüge sind eingetroffen und haben die Olympiateilnehmer aus Polen, Lettland, Estland, Litauen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, und die Wettkämpfer vom deutsch-schlesischen Verband mitgebracht. Vor Empfang war ein überaus herrlicher und läßt großartige Ausflüge auf den bevorstehenden Empfang der großen Sonderzüge aus Deutschland zu. Die Besichtigung der ortskundigen Olympiateilnehmer durch die Bevölkerung Wiens ist hoch anerkennenswert. Wo fragende oder suchende Gesichter auftauchen, erweist schon in der Nähe „Mit schön, wo wollen hin“ und mit derselben Zuversichtlichkeit wird Auskunft gegeben.

Ein überaus großes Beispiel zum 2. Arbeiter-Olympia war die Hauptprobe für das große Festspiel am Sonnabend. Das Stadion war ausverkauft. 60.000 Menschen beglückten sich an dem von 4000 Mitwirkenden geleiteten Spiel, das den Lebensweg der Arbeiterklasse bis zu seinem Siege darstellte.

Hunderttausend erleben den Weltkindertag in Wien.

Die Sozialistische Arbeiterpartei-Internationale hat mit ihrem Weltkindertag am 19. Juli als Auftakt zum 2. Arbeiter-Olympia auf diesem Gebiete den größten Erfolg gehabt. Alle Bundesverbände der S.A.P.I. veranstalteten an diesem Tage gemeinsam mit den anderen sozialistischen Arbeiterorganisationen Kinderunterhaltungen im Geiste des Arbeiter-Olympias, von denen die Rundgebung in Wien zur eindrucksvollsten wurde. 20.000 Kinder aus allen Teilen Oesterreichs und den Bundesverbänden der S.A.P.I. marschierten unter Waffen von roten Bannern in den Straßen Wiens auf, bejubelt von überlaufenden Zuschauern. Vor

dem Rathaus begrüßten die Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der Stadtschulrat von Wien und der Wiener Kinderturnwart die Kinder mit Worten der Freude, der Anerkennung und der Aufmunterung.

Auf der Trabrennbahn, der Hauptkampfbahn und dem Schwimmstadion erwarteten an 50.000 Zuschauer den Strom der Kleinen. Beifall über Beifall ernteten die 4500 Kinder für ihre Massenfreudenspiele. Ebenso beifällig wurden die Kämpfe und Sonderveranstaltungen aufgenommen. Mit Mittag und Donner nach der Weltkindertag in Wien sein Ende. Das Augewort lehrte zurück in seine Heimat beglückten von dem großen Tag.

Das Olympia ist eröffnet.

Am Sonntag, im Anschluß an den nachmittäglichen Aufmarsch der Kinder, fand im Apollo-Theater die feierliche Eröffnung des 2. Arbeiter-Olympias statt. Die Feier wurde der Bedeutung und Größe des Olympias würdig. Führer und Funktionäre der in- und ausländischen sog. Kultur- und Sportorganisationen, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, der Bürgermeister der Stadt Wien, Stadt- und Gemeinderäte, die Vertreter von in- und ausländischen Ministerien und Behörden und zahlreiche andere Gäste aus dem Ausland wohnten der Feier bei. Ein Orgel- und Orchesterstück mehrheitlich vorgelesen leitete den Akt ein. Gelang- und Sperrschüre der Arbeiterjugend und Arbeiterjugend und Fanfarenzüge gingen den Festrednern voraus. Es sprachen: der Bürgermeister Selig, der Vertreter der Arbeiter-Internationale Roosbrood-Brügel u. die Präsidenten der Arbeiter-Sportinternationale Dr. Jul. Deutsch, Wien und Cornelius Gellert, Fanfarenzüge. — Einseln wurden die Fahnen der an der Olympia beteiligten Länder auf die Bühne getragen. Ein Sprecher kündigte mit gewaltigen Worten Schluß und Kampf der Arbeiterklasse in jenen der Kinder an. Wie die Fahnen Deutschlands und Frankreichs gleichseitig auf der Bühne erschienen und die Träger einander die Hände reichten, da erfüllte brausender Jubel den Raum. Mit ungeheurer Beifall nahmen die Anwesenden aus dem Munde des Präsidenten Gellert-Brügel zur Kenntnis, daß 300 Weltkindertrifft die in Wien mit Seligjud erwartenden 30.000 deutsche Olympiateilnehmer eintreffen werden.

18. Bundestag des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbundes „Solidarität“.

Erstmalige Aufmarschentwicklung.

Am Donnerstag, den 16. Juli wurde im feierlich geschmückten Saale der Goldschmiede-Bierhallen in München der 18. Bundestag des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbundes Solidarität in Anwesenheit von 140 Teilnehmern feierlich eröffnet.

Am Freitag trat der Bundestag in die Erlebigung seiner umfangreichen Tagesordnung ein. Der Bundesvorsitzende Niemann konnte in seinem Geschäftsbericht, der die Jahre 1928 bis 1930 umfaßt, mitteilen, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage den vergangenen drei Jahren ein mächtiges Anwachsen des Bundes zu verzeichnen ist. Das Verdienst daran hat die starke Verbetreffung der „Solidarität“. Die Gesamtsumme der letzten drei Jahre betrug 487 Ortsgruppen, 88.033 volljährige Mitglieder, 14.551 Jugendliche und 9071 Schüler. Die seit zwei Jahren eingeführten Werbemonate führten dem Bunde im Jahre 1929 50.000 und im Jahre 1931 27.000 neue Mitglieder zu. Der Reichstatterfall kam in seinem Geschäftsbericht auch auf die politische Bewegung innerhalb des Bundes, namentlich auf die kommunizistischen Spaltungstendenzen zu sprechen. Der Bundestag in Hamburg ging über die kommunizistischen Anträge zur Tagesordnung über. Einer Generalversammlung in Dresden im April 1930 lag umfangreiches Material über die kommunizistischen Spaltungsbewegungen vor. Die notwendig gewordenen Zusätzlichen führten bald zur Befriedung innerhalb des Bundes. Der Reichstatterfall wurde von den Mitgliedern hart in Anspruch genommen. Die Hauptpflichtunterprüfung ist eine vorläufige Entscheidung geworden. Die Hauptpflichtunterprüfung für die Motorradfahrer stellt eine bedeutend höhere Gesamtpunktzahl dar. Von den 30.000 Motorradfahrern haben sich bedauerlicherweise in diesem Jahre erst 7000 der Hauptpflicht angegeschlossen. Eine gleiche Befreiung für Autofahrer im Bunde hat der Bundesvorstand bisher nicht in die Wege geleitet.

Aus dem Kassenerbericht, den Genosse Zimmermann vom Bundesvorstand gab, ist ersichtlich, daß die Unterhaltungen wirtschaftlichen Beschäftigten. Der Umsatz betrug 1930: 2.061.000 M., in den ersten 5 Monaten des Jahres 1931: 984.418 M. Das Bundesunternehmen kann heute jährlich 20.000 Fahrer und einige tausend Motorräder herstellen.

Der Eintrag in die Distrikts wurde folgender Antrag einstimmig gutgeheißen: „Der Bundestag erkennt die Maßnahmen, die der Bundesvorstand zur Erhaltung der Einheit getroffen hat und bewilligt sie. Insbesondere ist der Bundestag mit der Entscheidung des § 6, Absatz 4 der Bundesstatuten, die der Bundesvorstand und Beirat vorgenommen hat, einverstanden.“

Für die Generaldebatte waren 44 Redner vorgemerkt, von denen bis zum Schluß der Freitagssitzung 24 sprachen. Eine besondere Rolle spielt dabei die obligatorische Hauptpflichtüberprüfung der Motorradfahrer, für deren Interessen auch einer der Delegierten des Hauses 20, Genosse Anton Frießel, München, eintrat, der den Bundesvorstand ersuchte, die schwer erziehbaren Kinderbegünstiger zu beschneiden.

Die Tagung wurde am Sonnabend fortgesetzt. In der Generaldebatte wurde Stellung genommen gegen die Sondergründung der Republik Motorradfahrer-Bereinigungen. Unter keinen Umständen dürfen zwei gleichartige Organisationen nebeneinander laufen. Einmütige Beurteilung fand die Ministerarbeit der Kommunisten.

Der Antrag der Sängersängerkommission, die vierteljährlichen Beiträge für Mitglieder von 14 bis 16 Jahren von 55 auf 65 M. und für Mitglieder über 18 Jahre von 1,10 auf 1,20 M. zu erhöhen, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Für Mitglieder mit Kleinraffern (1/2, 3/5) und Kleinautos wird ein Beitrag von 3,50 M. vierteljährlich festgelegt. Für Motorradfahrer mit Solomotoschinen ist der vierteljährliche Beitrag jetzt obligatorisch einschließlich Hauptpflichtunterprüfung 7 M., für Motorradfahrer mit Beiwagen einschließlich Hauptpflicht 8 M., bisher war der Beitrag für Motorradfahrer 2 M. vierteljährlich und der freiwillige Hauptpflichtunterprüfungsbetrag 2 M. jährlich.

Mit Mehrheit wurde beschlossen: Alle Bezirks-, Gau- und Bundesfunktionäre, sowie Delegierte zu Bezirks-, Gau- und Bundestagen müssen gemetrisch und politisch organisiert sein. — Es darf nur das Bundesabzeichen getragen werden. Das Tragen von Abzeichen bürgerlicher Vereine oder von Gafreden, ist verboten. Mitglieder, die sich bei bürgerlichen Vereinen oder Fahrradfabriken zu Reklamefahrten hergeben, müssen ausgeschlossen werden, es sei denn, daß es ihr Erwerb ist. Ausgeschlossen werden auch jene Bundesmitglieder, die gegen die Interessen des Bundes und der gesamten Arbeiterklasse verstoßen, die an Rennen über 50 Kilometer teilnehmen, einem anderen Kraftfahrerbund oder Verein, einer arbeitereindlichen politischen Organisation, oder einem bürgerlichen Verein angehören, wenn ein entsprechender Arbeiterverein am Orte ist.

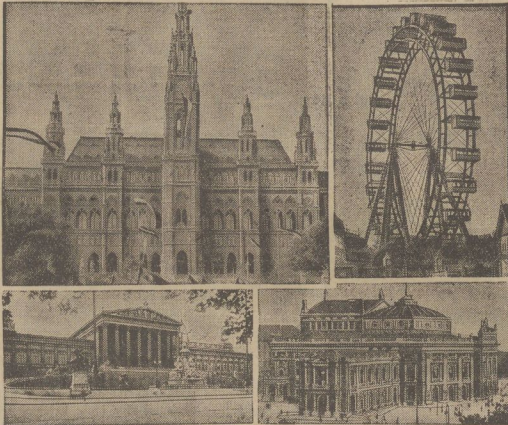
Ferner wurden genaue leistungsmessige Bestimmungen über die obligatorische Hauptpflichtunterprüfung und die besondere Unfallunterprüfung für Motorradfahrer (Beitritt zu dieser Unfallunterprüfung ist freiwillig) angenommen.

Notizen.

In der nächsten Woche 4 Fußball-Endemannschaften im 2. Kreis. Wenn das Olympia zu Ende ist, werden die zu Haus Bleibenden einen kleinen Einblick in die Qualität der dortigen Veranstaltungen bekommen. Finnland, Estland und Lettland tragen auf der Rückfahrt mit ihren Olympiamannschaften bei uns Spiele aus. Finnland startet mit Leichtathleten in Magdeburg. Estland spielt zuerst in Wiesbaden und am Sonntag, den 2. August in Dessau. Lettland startet in Braunschweig. Alle Spiele werden von den Bezirksmannschaften ausgetragen und hierfür für die Arbeiterfußballbewegung den besten Propagandaerfolg haben.

Was unsere Sportgenossen in Wien sehen.

Das nebenstehende Bild zeigt einige Wahrzeichen der Stadt Wien. Oben rechts: Das berühmte Riesenrad im Prater, ein gigantischer Lustfahrrad. Oben links: Das Rathaus, in welchem die sozialdemokratische Stadtverwaltung unter Führung des Genossen Selig regiert. Unten rechts: Das Hauptopernhaus, die erste Opernbühne der Welt. Unten links: Das Parlamentsgebäude am Ring.



Der Weltkindertag im 2. Kreis.

Eine bessere Einleitung des Olympias konnte nachträglich nicht gefunden werden, als alle Kinder des Arbeiterports aufmarschierten zu lassen. Eine Veranstaltung, die symbolisch den Geist unserer Bewegung offenbart. Die Jungen an erster Stelle, die Jungen auch an die Spitze der Bewegung und dann gutmütiger neuer Taten entgegen.

Am Magdeburger Bezirk waren 2500 Kinder aufmarschiert. Mit leuchtenden Augen wickelten sie das Programm ab. 4000 Zuschauer waren vom Gebotenen überzeugt worden, daß die Arbeiterkinder in den Arbeiterportvereinen gut aufgehoben sind. Die Veranstaltung wurde mit den Kinderfreunden gemeinsam durchgeführt. — Aus dem Anhalter Bezirk wurde eine Beilegungsziffer von zirka 1300 Kindern gemeldet. 350 Kinder zeigten in Bernburg vor 1500 Zuschauern die Olympiabefreiübungen. 200 Kinder sprachen den Sprecher, der begeistert dargebracht und aufgenommen wurde. In Koflau wurden 16 Stafetten gelaufen. 12 Mannschaften traten zu den Stafetten an. — An Wetzelsleben waren 500 Kinder auf den Platz gekommen, auch zeigte sich das Bild der Begeisterung bei Jung und Alt. Welt über 1000 Zuschauer sahen in Braunschweig 1000 Kinder aufmarschieren. Hier traten 500 Kinder zu den Olympiabefreiübungen an. Fuß- und Handballspiele der Kinder liefen eine gute sportliche Betreuung erkennen. Aus dem Halleischen Bezirk wurden aus 3 Gruppen 600 Kinder gemeldet. Die gleiche Zahl der Zuschauer läßt erkennen, daß auch hier für den Nachwuchs des Arbeiterports lebhaftes Interesse vorhanden ist. — Allein die gemeldeten Zahlen ergeben unmittelbar eine Beteiligungszahl von rund 6000 Kindern und 8000 Zuschauern. Unter Berücksichtigung dessen, daß aus vielen Orten und Gruppen die Nachrichten nicht eingegangen sind, kann die Veranstaltung des Weltkindertages im gesamten Kreise als zufriedenstellend betrachtet werden.

Wenig Sport im Kreise, schon alles im Sinne des Olympias.

Aur noch zwei Tage, dann leben alle Arbeiterportler im Geiste des Olympias. Schon der letzte Sonntag ließ erkennen, daß die Sportler auf die größte aller Veranstaltungen eingestiftet sind. Den

Kindern war der Sonntag gewidmet. Die „Alten“ waren etwas in den Hintergrund getreten. Es war schon Festimmung, da schmiedete das Spiel nicht mehr so gut. Gemeldet wurden uns: Fußball: Anlaßlich der 10-Jahresfeier des Burger Sportklubs spielte die erste Elf gegen den Ortsverein Turner 0:1. Wader: Friesen gegen Weißhirs-Schönbeet 1:5. Sportklub gegen Sturm 0:7. Magdeburg 5:1. Sohn Dr. Diersleben hatte blau-weiß Halle zu Gast und trennten sich 1:1. Wetzelsleben hatte nur das Spiel Britannia gegen Wader-Förderfest in feinen Mauern, wobei ein knapper 4:3 Sieg der Gäste herausrang. In Braunschweig spielten Wader gegen Giechmarke 6:3. Einen zweiten Erfolg erzielte Wader gegen Wader-Festleben von 12:1. Turner spielten gegen Union 4:2.

Sandball.

Am die württembergische Handballmeisterschaft. Zusammen war der Mittelpunkt gegen Schwemningen 0:3. Schwemningen lag klar in Führung und führte die Kreismeisterschaft in Württemberg erreichten. Das zweite Spiel Heilbronn gegen Holzheim endete 4:2. Holzheim liegt dadurch an dritter Stelle. Westdeutsche Handball-Zusammenkunft gegen Kaiserka (Kreismeister) 8:3. Halbes 3:3. Ein vorzügliches Spiel. Die bessere Durchschlagkraft des westdeutschen Sturms sicherte in der zweiten Halbzeit den verdienten Sieg. „Jem“ Oben gegen Schleswig 3:0 (Halbzeit 1:0). Beide Mannschaften konnten sich durch den Start aufgeweckten Boden nicht voll entfalten. Oben gegen B. F. R. Ederförde 2:2 (Halbzeit 1:1). Beide Mannschaften lieferten ein hochwertiges Spiel. Aber 08 Berlin gegen B. F. R. Süd-West Leipzig 2:3. Handball. Magdeburg sah die fünf führenden Mannschaften, Bormwärts-Nermerleben und Fichte-Sudenburg im Kampf, der von ersteren 9:5 gewonnen wurde. In Bernburg mußte Bormwärts-N. Kufnau eine empfindliche Niederlage von 10:5 hinnehmen. Die Turner-Veranstaltung mußten den Gästen, Wader-Förderfest einen 3:1-Sieg überlassen.

Halber Völkstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Binglelohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig, Kassepostsendung 1,20 Mark, bei Vorbestellung 1,00 Mark. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Goldschmidt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlags-Goldschmidt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Reklamelle 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Goldschmidt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 4826 Wernigerode.

Nr. 167

Dienstag, den 21. Juli 1931

6. Jahrgang

Der Anfang in London.

Befondere Aktivität der Amerikaner.

Die Ankunft in London.

London, 20. Juli. (Eig. Drahtf.)

Die Delegierten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Londoner Konferenz trafen am Montag nachmittag um 17 Uhr 15, von Paris kommend, auf dem Victoria Bahnhof ein. Die englische Regierung, mit Macdonald und Henderson an der Spitze, sowie die Botschafter der vier Mächte hatten sich zum Empfang auf dem Bahnhof eingefunden. Die deutschen und französischen Delegierten stiegen im Carlton-Hotel ab. Als die deutschen Minister vor dem Hotel vorführten, hörte man schüchtern Begrüßungsrufe wie „Well hiiter“, die jedoch von Rufeln für Brüning überhört wurden.

Um 18 Uhr 30 begann die erste Sitzung im Räume des Premierministers im Unterhaus. Als regelmäßiger Sitz der Konferenz ist jedoch der sogenannte Kabinetssaal hergesehen. Englischerseits ist die Konferenz vorbereitet worden durch Minister Henderson in Paris, dann aber auch durch eine längere Aussprache zwischen Macdonald und Etimfin, die am Montag vormittag stattfand und an die sich eine Kabinettsitzung der englischen Regierung angeschlossen. Der Gouverneur der Bank von England ist seinerseits in den letzten Tagen in ständigen Kontakt mit den maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen gewesen. Die englische und die amerikanische Haltung stimmen darin überein, daß beide Mächte eine Verbindung der finanziellen Hilfsaktion für Deutschland mit politischen Forderungen von Seiten Frankreichs ablehnen. Beide jedoch sehen die Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses als unerlässliches Element zur Überwindung der Schwierigkeiten an. Da hierzu in Paris der Grundstein gelegt worden zu sein scheint, sieht man den Arbeiten der Londoner Konferenz trotz aller noch bevorstehenden Schwierigkeiten optimistisch entgegen.

Macdonalds Eröffnungsrede.

London, 21. Juli. (Eig. Drahtf.)

In seiner Eröffnungsrede zu der am Montag nachmittag begonnenen Londoner Konferenz erklärte Macdonald, daß die Anforderungen der hiesigen Beratungen bezüglich der finanziellen Frage konzentriert sein müßten, aber die politischen Voraussetzungen für das Zustandekommen einer großen Anleihe, an der der französische Geldmarkt teil beteiligen sollte, bei der Haltung der französischen Regierung nicht gegeben seien. Macdonald führte in einzelnen Auszügen den gegenwärtigen Augenblick in der Weltgeschichte

ein Wendepunkt zum Guten oder zum Bösen sein könne. Wenn keine Lösung der gegenwärtigen Krise gefunden werden könne, so seien die politischen und finanziellen Gefahren unmaßstäblich; würde aber eine Lösung gefunden, dann sei das ein folgender Beweis für die machende Wirksamkeit internationaler Zusammenarbeit.

Deutschland bedürftig unbedingt der Hilfe.

Die deutsche Regierung habe die Steuern erhöht und der Bevölkerung schwere Opfer auferlegt, aber sie hätte im letzten Monat sich für die Erklärung verpflichtet gefühlt, daß sie weitere Belastungen nicht mehr verantworten könne und geizungen sei, das Recht einer Moratoriumserklärung in Anspruch zu nehmen. Dies habe die gläubiger alarmiert. Kreditabzüge seien die Folge gewesen. Dieses Problem habe offenbar eine politische und eine finanzielle Seite, aber die Anforderungen der jetzigen Konferenz seien nur auf die finanzielle Seite gerichtet. „Wir müssen“ — so fuhr Macdonald dann würdevoll fort — „uns ehrlich eingestehen, daß es Dinge gibt, die der eine oder andere von uns nicht tun kann, weil die öffentliche Meinung, der er in Treue dienen muß, es nicht zuläßt.“

Wir sind aber nicht hier, um anderen unseren Willen aufzuzwingen, um andere zu demütigen, wir sind hier, um uns gegenseitig zu verstehen, um die schwerigen Probleme objektiv durchzudenken. Vor allem aber müssen wir daran denken, wie innig wir aufeinander angewiesen sind.

Die Delegierten müssen sich daher auf eine Lösung einigen, die von ihnen vor den Vertretern ihres Volkes im Parlament vertreten werden kann und die sie gebilligt bekommen können.“

Macdonald schloß mit dem Hinweis, daß die aktuelle Kapitalfrage in Deutschland entweder auf dem Wege einer Anleihe, dem sich aber nach seiner Information in Paris gewisse Schwierigkeiten entgegenstellten hätten oder auf einem direkten Weg, der Deutschlands finanzielle Position so fände, daß die Geldzufuhr nicht nur aufhöre, sondern ein Rückfließen und eine neue Vermehrung des Kapitalbestandes möglich sei.

Tatsächlich hat die französische Regierung den Vorschlag gemacht, auf Anleihebehandlungen zu verzichten und durch eine Stillhalteraktion dafür zu sorgen, daß weitere Abzüge ausländischer Kredite von Deutschland nicht erfolgen.

Nach dieser Rede Macdonalds nahmen Laval und Brüning das Wort. Über die Ausführungen der beiden Redner sagt der offizielle Bericht:

Ministerpräsident Laval

berichtete anschließend den Anwesenden über die in Paris stattge-

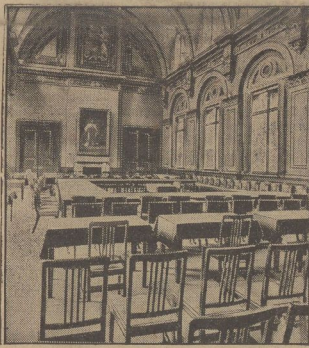
fundenen Verhandlungen und tenngezeichnet den Geist, in dem die Besprechungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern geführt worden waren. Er legte weiter die Lage Frankreichs im Zusammenhang mit den bevorstehenden Erörterungen dar und drückte nochmals seine Hoffnung für eine lokale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredites in der Welt aus.

Reichsanstalt Dr. Brüning.

Brüning bestätigte den Geist der Zusammenarbeit, gab an Hand von Statistiken einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands und erklärte die Maßnahmen, die ergriffen worden seien, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Er betonte die dringende Notwendigkeit einer Hilfeleistung, um die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen zu können.

Von deutscher Seite wird in Ergänzung der offiziellen Mitteilung vormal, daß Reichsanstalt Brüning in seiner Rede die Erfüllung zweier Bedingungen für notwendig erachtet habe: 1. Die Abziehung von Krediten aus Deutschland sei zu verhindern. 2. Die Goldbake sei zu vergrößern. Die Beratungen der Londoner Konferenz dauerten bis kurz nach 20 Uhr und gehen heute vormittag 10 Uhr im englischen Außenwärtigen Amt weiter.

Sier tagt die Konferenz.



Locarno-Raum im englischen Außenministerium.

Ein Vermittlungsvorschlag Hoovers.

Washington, 21. Juli. (Eig. Drahtf.) Die amerikanische Delegation auf der Londoner Konferenz wird den Delegierten in der heutigen Vermittlungssitzung einen Vermittlungsvorschlag Hoovers unterbreiten. Ähnlich vorgelegt man über den Plan noch jede Auskunft. Anfangs läuft er darauf hinaus, der Reichsregierung die Möglichkeit der Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige zu geben und ihr zugleich einen langfristigen Sonderkredit zu gewähren. Inwiefern dieser Plan ohne Frankreich durchgeführt werden soll, bzw. ob Frankreich sich daran beteiligt, ist bisher noch nicht zu übersehen.

In einer öffentlichen Erklärung hob Staatssekretär C. G. Case hervor, daß die Wirksamkeit der von Deutschland eingeleiteten Abwehrmaßnahmen gegen die Krise die Ausschüsse der Londoner Konferenz stark fördere.

Heute Überreichung des Hilfsplanes in London.

Washington, 21. Juli. (Eig. Drahtf.) Wie offiziell nach einer Konferenz Hoovers mit Mills, Tamm und Morrow bekanntgegeben wird, werden die amerikanischen Vertreter auf der Londoner Konferenz am heutigen Dienstag amerikanische Hilfsvorschlüsse zugunsten Deutschlands unterbreiten.

Unoffizielle Besprechungen.

Calais, 20. Juli. (Eig. Drahtf.) Auf der Fahrt von Paris nach London hatte der Reichsanstalt mehrere politische Unterredungen mit den französischen Delegierten. In den Besprechungen wurden hauptsächlich die Garantien besprochen, von denen Frankreich keine Beteiligung an der Gewährung eines neuen hohen Reditskontredits an die Reichsbank abhängig machen will. Über den Verlauf der Besprechungen mahnten die Teilnehmer strengstes Stillschweigen.

Brünings Dank an Paris.

Paris, 20. Juli. (Eig. Drahtf.) Reichsanstalt Brüning hat kurz vor seiner Abreise nach London der Agentur Havas folgende Erklärung abgegeben: „Am Samstag, Frankreich zu verlassen, um uns zur Londoner Konferenz zu begeben, legen der Reichsanstaltminister und ich Wert auf die Erklärung, wie sehr wir die liebenswürdige und herzliche Aufnahme, die uns in Frankreich von der französischen Regierung und von sämtlichen französischen Behörden zuteil geworden ist, empfunden haben. Wir sind zufrieden, daß wir unsere Ansichten in voller Offenheit mit unseren französischen Kollegen haben austauschen können, und wir sind davon überzeugt, daß diese direkte Führungsaufnahme für die immer erprießlicheren Entwidlung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der wir aufrichtig zugewandt sind, glückliche Wirkungen haben wird.“

Das Gebot der Stunde.



ellen Willen auf beifreiheitig Stunden eine land und Frankreich Friedenheiten zu wie, seit Strefemanns Tod sich zunächst damit zur Fühlungnahme der in fastgehunden hat, zur Erörterung ge, wenn die Minister der Verhängung zu somatisches Drum- undschiffliche Redensapaden. mehr erreicht worden Londoner Ber, tftland zuvor die die französische von wenigen Tagen französischen Minister ten Konferenz gefor- die politischen und der Frankreich seinen damit begab man Stunden bereinigt begonnen und das aller Wahrheitsin bei anderen Gele- warteten lassen. neuer Redizient- würde. Die Frage der langfristigen Anleihe wird vertagt. Wenn rechtzeitig, wie man annehmen darf, dafür gefordert werden kann, daß die aus-

ländischen Banken „stillhalten“, d. h. fürs erste auf eine weitere Zurückziehung ihrer kurzfristigen Kredite verzichten, ist damit natürlich eine mögliche Berührung für Deutschland geschaffen. Aber da seine Wirtschaft die finanzielle Unterstützung durch das Ausland nicht entbehren kann, wird das Problem der Anleihe akut bleiben und damit auch das der Garantie.

Es heißt, daß Brüning in Paris bezüglich des Flottenprogramms, soviel es über den Bau des Panzerkreuzers B. hinausgeht, gemäß, die Franzosen befriedigende Zusagen gemacht hat. Es heißt, daß er ferner verkündet habe, nach seiner Rückkehr den Wehrverbänden den Wunsch ihrer Farben und ihrer sonstigen Propaganda klarzumachen. Wir wissen nicht, ob das richtig ist, aber wir müssen annehmen, daß diese an sich sehr guten Absichten des Reichsanstalters den Franzosen und wohl auch den anderen Beteiligten nicht genügen werden. Will man in den Bereich der großen Anleihe gelangen, so wird man auch andere Sicherheiten bieten müssen, und immer wieder wird die deutsche Regierung vor die Frage gestellt sein, ob sie glaubt, solche Sicherheiten gewähren zu müssen und gewähren zu können.

Es spielt neuerdings das Wort vom „politischen Atratorium“ eine Rolle. Als sein Urheber wird Henderson bezeichnet. Es soll damit gesagt sein, daß sich die Regierungen verpflichten sollen, in einem bestimmten Zeitraum nichts zu unternehmen, was den Frieden und die Verständigung stören könne. An sich ist das gemäß ein schöner Gedanke. Aber es ist leichter, ein derartiges Programm zu verteidigen, als es auszuführen. Vereinbarungen, die in dieser Richtung lauten, bestehen schon heute zur Genüge. Wir haben den Völkerbundpaakt, wir haben den Locarnovertrag, wir haben die zahlreichen Schiedsgerichtsverträge. Es haben nicht gehindert, daß sich die internationalen Spannungen, in Sonderheit die zwischen Deutschland und Frankreich, vermehrt und verschärft haben. Es kommt nicht sonderlich darauf an, daß man sich aufs Neue zu friedlichen Absichten bekennt, auch wenn das in noch so